

Von AUFKLÄRUNG bis ZWEIFEL  
Beiträge zu Philosophie, Geschichte und Philosophiegeschichte

Festschrift für Siegfried Wollgast



ABHANDLUNGEN  
DER LEIBNIZ-SOZietät DER WISSENSCHAFTEN  
BAND 25

# Von AUFKLÄRUNG bis ZWEIFEL

Beiträge zu Philosophie, Geschichte und  
Philosophiegeschichte

Festschrift  
für Siegfried Wollgast

Herausgegeben von  
Gerhard Banse, Herbert Hörz & Heinz Liebscher



---

trafo verlag · Berlin

Bibliografische Informationen Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie;  
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet  
über <http://dnb.ddb.de> abrufbar

## Impressum

### Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften

Herausgeber: Dieter B. Herrmann, Präsident der Leibniz-Sozietät

Wissenschaftlicher Beirat

Wolfdietrich Hartung (Leiter)

Karl-Heinz Bernhard (Sekretar der Klasse für Naturwissenschaften),

Joachim Herrmann (Sekretar der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften),

Karl-Friedrich Alexander, Wolfgang Eichhorn, Wolfgang Küttler, Wolfgang Schirmer,

Helmut Steiner, Herbert Wöltge

Anschrift der Leibniz-Sozietät:

Leibniz-Sozietät e. V., Langenbeck-Virchow-Haus 58/59, 10117 Berlin

Band 25: "Von Aufklärung bis Zweifel. Beiträge zu Philosophie, Geschichte  
und Philosophiegeschichte. Festschrift für Siegfried Wollgast"

Herausgegeben von Gerhard Banse, Herbert Hörz & Heinz Liebscher

Das als Logo verwendete Bildnis von Gottfried Wilhelm Leibniz wurde von  
Gabriele Mucchi für die Leibniz-Sozietät geschaffen.

ISBN 978-3-89626-655-2

1. Auflage, 2008

© trafo Verlagsgruppe Dr. Wolfgang Weist, Berlin, 2008

trafo Wissenschaftsverlag

Finkenstraße 8, 12621 Berlin, BRD

Fax: 030/56701949 e-Mail: [info@trafoberlin.de](mailto:info@trafoberlin.de)

Internet: <http://www.trafoberlin.de>

Satz & Layout: Ina Walzog Verlags- und Medienservice, Berlin

Druck & Verarbeitung: SDL oHG, Berlin

**Alle Rechte vorbehalten**

# Inhalt

Tabula gratulatoria	11
Zum Geleit	13
Vorwort der Herausgeber	15
Aus der Hegelschen Geschichte der Philosophie: die Renaissance <i>Karol Bal</i>	23
„Philosophie und Technik“ – Drei (nicht nur) retrospektive Blicke <i>Gerhard Banse</i>	39
Krakau (Kraków) – kulturelles Zentrum Polens und Mitteleuropas <i>Friedbert Ficker †</i>	57
„Das Zeitalter ist aufgeklärt – woran liegt es, dass wir noch immer Barbaren sind?“ <i>Hans-Martin Gerlach</i>	73
Zur geowissenschaftlichen Erkenntnis in der Zeit der Physikotheologie und Aufklärung <i>Martin Guntau</i>	87
Perspektivität bei Leibniz. Eine naturphilosophische Interpretation <i>Hartmut Hecht</i>	97
Wissenschaft und Kommunikation bei Georg Philipp Harsdörffer <i>Berthold Heinecke</i>	111
Statistische Gesetzeskonzeption. Zur Genese einer philosophischen Theorie <i>Herbert Hörz</i>	129
Differenzierungen im Begriff Irrationalismus <i>Hans Heinz Holz</i>	153

John Locke und die Geburt der Toleranz aus dem Geiste des Eigentums. Eine Fallstudie <i>Hermann Klenner</i>	163
Friedrich Althoff und seine Professoren oder die Dreieinigkeit von Information, Intuition und Supervision <i>Hubert Laitko</i>	189
Zur Sozialethik und Obrigkeitskritik des Paracelsus in der Nachbauernkriegszeit <i>Adolf Laube</i>	229
Adam Schaff und wie ihm unsere Welt erschien <i>Heinz Liebscher</i>	241
Anthropologie der Aufklärung. Werner Krauss zur Problemgeschichte anthropologischer Forschung <i>Reimar Müller</i>	249
Philosophie und Religion der Jainas, lexikographisch dargestellt <i>Klaus Mylius</i>	269
Leibniz und Spee – Bemerkungen zu einer Geistesverwandtschaft <i>Hartmut Rudolph</i>	279
„Triunitas vox absurda est.“ Methodologische Beobachtungen zur sozinianischen Trinitätskritik <i>Erwin Schadel</i>	293
Die Matthäi-Brüder. Lebenswege dreier schlesischer Burschenschafter im 19. Jahrhundert <i>Walter Schmidt</i>	325
„Über den Unterschied zwischen einer Reformation und Revolution“. Das Luther- und das Müntzerbild von Johann Christian Wilhelm Augusti (1837) <i>Günter Vogler</i>	365
Ein unbekannter Jurist? Jakob Neubauer an der Universität Leipzig <i>Gerald Wiemers</i>	381

„... immer entschiedener links“ Victor Klemperers Position in politics 1919–1932/33 <i>Günter Wirth</i>	387
Ludwig Büchner und die Populärwissenschaft <i>Dieter Wittich</i>	407
Personenverzeichnis	419
Autoren	431
Siegfried Wollgast – Bibliographie seiner Arbeiten	435



# Die Matthäi-Brüder. Lebenswege dreier schlesischer Burschenschafter im 19. Jahrhundert

*Walter Schmidt*

## 1 Einführung

Die Burschenschaften des ersten Drittels des 19. Jahrhunderts bildeten bekanntermaßen für eine große Zahl von Akteuren im Zeitalter der bürgerlichen Umgestaltung Deutschlands die Organisation, in der sie ihre ersten politischen Erfahrungen sammelten und zugleich wichtige Elemente ihres künftigen politischen Weltbilds ausgeformt wurden. Die Burschenschaft war gleichsam ihre erste politische Schule; hier erlebten sie, nicht selten ganz ungewollt, ihr Debüt als politisch Oppositionelle. Von den Machthabern ihrer Zeit, einer halbfeudal geprägten Fürsten- und Adelherrschaft, verfolgt, unterdrückt und in die Illegalität getrieben, wurden ihre sich vor allem für einen einheitlichen deutschen Nationalstaat begeisternden Mitglieder, wiewohl in ihrer Mehrheit anfangs keineswegs vordergründig politisch interessiert oder gar schon engagiert, gerade durch die staatlichen Repressionen und Stigmatisierungen Schritt um Schritt politisiert und eine wachsende Minderheit auch politisch radikalisiert. Für die meisten Burschenschafter blieb das, was sie in ihrer Studentenvereinigung erlebt und durch deren Verfolgung erlitten hatten, eine lebenslange und oft auch lebensbestimmende Erinnerung; auch für jene Mehrheit gewiss, die sich später an die bestehenden Verhältnisse anpassen musste und in ihnen oft sogar stabilisierende Funktionen wahrnahm. Das galt für eine Vielzahl von Theologen ebenso wie für die Masse der Juristen und der für den Schuldienst ausgebildeten Philologen, die in der protestantischen Kirche, im preußischen Bildungswesen, zumal in den Gymnasien, wie im Justizdienst zumeist einen wichtigen Platz einnahmen. Gleichwohl ist ein nicht geringer Prozentsatz namentlich der von Verfolgung und nicht selten langjähriger Kerkerhaft Betroffenen oppositionell geblieben, anfangs meist insgeheim, mit Ausbruch der Revolution von 1848/49 aber offen und mit beeindruckender Entschiedenheit, was ihnen nach dem Rückschlag in vielen Fällen wieder Repression und Verfolgung und bisweilen auch wieder Kerker einbrachte oder sie in die Emigration zwang. Nicht wenige Burschenschafter setzten sich nun vehement für die Verwirklichung bürgerlich-demokratischer Verhältnisse und einen parlamentarisch-demokratisch konstituierten deutschen Nationalstaat ein. Alle sich seit 1848 in Deutschland allmählich formie-

renden politischen Strömungen und Parteien fanden in alten Burschenschaffern zum Teil sogar Protagonisten.<sup>1</sup>

Die folgende vergleichend biographische Studie untersucht Leben und Wirken von drei Burschenschaffern des 19. Jahrhunderts aus Schlesien, einer europäischen Region, um deren Stellung in der Wissenschafts-, Geistes- und Kulturgeschichte in den Jahrhunderten davor, in der Frühen Neuzeit, sich der Philosophiehistoriker Siegfried Wollgast auf vielfache Weise verdient gemacht hat.<sup>2</sup> Aufgehellert werden sollen hier die Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Entwicklungswegen und Lebensschicksalen dreier Brüder aus einer auf dem Lande lebenden schlesischen Familie zwischen 1830 und dem Ende des 19. Jahrhunderts: von Ludwig, Ewald und Rudolph Matthäi.<sup>3</sup> Diese drei Brüder entstammten weder dem Adel, noch gehörte ihr Vater dem reichen Wirtschafts- oder herausgehobenen Bildungsbürgertum an. Sie waren, wenn man so will, von ganz „normaler“ Herkunft. Sie wuchsen auf in einer protestantischen Familie aus dem ländlichen Mittelstand, die sich arg zur Decke strecken musste, um ihren drei Söhnen (zu denen noch vier zu verheiratende Töchter kamen) den Besuch des Gymnasiums und ein Studium ermöglichen zu können. Mehr noch, die Matthäi-Studenten mussten während der Ausbildung durch Stundengeben selbst zu ihrem Lebensunterhalt beitragen. Keiner der drei wurde später zu einer herausragenden politischen Führungsfigur ihres Zeitalters, sondern sie blieben – sieht man ab vom mittleren der Matthäis, der politischer Hauptredakteur der Berliner „National-Zeitung“ wurde, als solcher aber stets die öffentliche politische Bühne mied und sich im Hintergrund hielt – ganz der „Normalität“ ihrer Zeit, der Epoche des bürgerlichen Durchbruchs zur kapitalistischen Moderne wie des preußisch-deutschen Kaiserreichs verhaftet.

- 1 Vgl. dazu vor allem Kaupp, P.: Burschenschaffter in der Paulskirche. o.O., o.J. [Dieburg 1999]; für Schlesien vgl. Schmidt, W.: Lebensschicksale. Verfolgte schlesische Burschenschaffter aus dem frühen 19. Jahrhundert. In: Würzburger medizinhistorische Mitteilungen, Bd. 22 (2003), S. 449–521; Schmidt, W.: Die Schlesier im Berliner Revolutionsparlament von 1848. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, H. 3/2004, S. 3–46; Schmidt, W.: Biographisches Verzeichnis sämtlicher schlesischer Abgeordneter der Berliner Verfassungsgebenden Versammlung von 1848. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, H. 3/2004, S. 59–106.
- 2 Verwiesen sei auf Wollgast, S.: Zum Schönaichianismus in Beuthen an der Oder. In: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau, Bd. 35 (1994), S. 63–103; Wollgast, S.: Zum Sozianismus. Aspekte seines Wirkens in Schlesien. In: Irgang, W.; Unverricht, H. (Hg.): Opuscula Silesiaca. Festschrift für Josef Joachim Menzel zum 65. Geburtstag. Stuttgart 1997/98, S. 323–354 (Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau, Bd. 38/39); Wollgast, S.: Johann Johnston (1603–1675). Ein Arzt zwischen Schottland, Polen und Schlesien. In: Würzburger medizinhistorischen Mitteilungen, Bd. 20 (2001), S. 473–518; Wollgast, S.: Morphologie schlesischer Religiosität in der Frühen Neuzeit. In: Garber, K. (Hg.): Kulturgeschichte Schlesiens in der Frühen Neuzeit. Tübingen 2005, S. 113–190.
- 3 Im Folgenden werden folgende Abkürzungen verwendet:  
Der Bote: Der Bote aus dem Katzbachthale. Monatsschrift zur Beförderung der Volksbildung. Druck und Verlag der Königlichen Hof-Buchdruckerei von H. d'Oench;  
GStAPK, I. HA: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin; Untersuchungsakten des Berliner Kammergerichts über die Matthäi-Brüder Ludwig und Ewald.

## 2 Herkunft und Schulbildung

Matthäi, ein in Schlesien nicht gerade seltener Familienname (mehrere Breslauer Kommilitonen der Halbendorfer Matthäi-Brüder führten ihn, ohne miteinander verwandt zu sein), deutet darauf hin, dass die Vorfahren kaum slawischer Herkunft waren, sondern eher den aus Mitteldeutschland eingewanderten deutschen Siedlern zuzurechnen sind. Über diese bietet das äußerst schmale Quellenmaterial, das überliefert ist, nichts an. Und nur ganz wenig ist daraus über die Eltern zu erfahren.<sup>4</sup> Der Vater Johann Benjamin Matthäi war zum Zeitpunkt ihrer Geburt Gutspächter in Halbendorf, einem Dorf unweit von Striegau im Regierungsbezirk Breslau gewesen. In der Mitte der dreißiger Jahre, als seine beiden älteren Söhne in die Mühlen der preußischen Justiz geraten waren, arbeitete er jedoch als „Wirtschaftsbeamter“, also Inspektor auf einem der dortigen Rittergüter und übte zugleich das Amt eines Amtmanns im Gutsbezirk aus. Ob er selbst ein, wenn auch nur kurzes Studium absolviert hat, bevor er Landwirt wurde, ist ungewiss; doch könnte er eventuell Jura und/oder Kameralia studiert haben. Sein Bestreben, den Söhnen ein ordentliches Universitätsstudium zu ermöglichen, könnte dafür sprechen. Er hatte jedenfalls ein durchweg positives Verhältnis zur akademischen Ausbildung. Über die Mutter sagten die Söhne im Verhör nur aus, dass sie eine geborene Saar war und seit 1813 drei Jungen und vier Mädchen geboren hatte, die in der Mitte der dreißiger Jahre alle noch am Leben waren. Die Matthäis waren wie die Mehrheit der Bewohner dieses niederschlesischen Landstrichs evangelischer Konfession.

Die drei Matthäi-Söhne<sup>5</sup> wurden zwischen 1813 und 1818 in Halbendorf geboren: *Ludwig* (auch *Louis*) Eduard Robert am 13. Februar 1813, unmittelbar vor Beginn des Befreiungskriegs, dem der Vater offensichtlich fernbleiben konnte (denn eine Teilnahme wäre sicher einer Erwähnung im Verhörprotokoll wert gewesen); knapp zwei Jahre später am 13. Dezember 1814 *Ewald* Sigismund Gotthilf; und rund vier Jahre darauf am 22. Oktober 1818 der jüngste, *Rudolph* Friedrich Adalbert. Den drei Söhnen folgten im nächsten Jahrzehnt noch vier Mädchen, so dass Vater Matthäi eine neunköpfige Familie zu ernähren hatte. Sein Einkommen als Pächter und späterer

4 Vgl. hierzu und zum Folgenden GStAPK, I. HA, Rep. 97 VIII, Nr. 1266 und 1268; ferner Nr. 518a, Bl. 4–6; Nr. 517, Bl. 141v.–147v.; Nr. 520a, Bl. 157–159 und 169–171v.; Nr. 602, Bl. 311–312; Nr. 602/2, Bl. 166; Nr. 605, Bl. 2–3, 37–39.

5 Lexikalische Biographien über die drei Matthäis finden sich in Dvorak, H.: Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaft. Bd. I: Politiker. Teilbd. 4: M–Q. Heidelberg 2000, S. 52–55; zu Rudolph Matthäi vgl. auch Schmidt, W.: Rudolph Matthäi (1818–1889). Ein Vormärz-Sozialist und achtundvierziger sozialer Demokrat in Schlesien. In: Bleiber, H.; Schmidt, W.; Schötz, S. (Hg.): Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49. Bd. 2. Berlin 2007, S. 331–373; zu Ludwig Matthäi vgl. auch Haunfelder, B.: Biographisches Handbuch für das Preußische Abgeordnetenhaus 1848–1867. Düsseldorf 1994, S. 172, Nr. 1011, und Schmidt, W.: Biographisches Verzeichnis sämtlicher schlesischer Abgeordneter der Berliner Verfassungsgebenden Versammlung von 1848. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, H. 3/2004, S. 81f.; zu Ewald Matthäi als Redakteur der National-Zeitung vgl. Friehe, E. G.: Geschichte der „National-Zeitung“ 1848–1878. Leipzig 1933, S. 203f.; zur Mitgliedschaft der Matthäis in der Breslauer Burschenschaft vgl. Müller, G.: Die Alten Raczecks. Festgabe zur Feier des hundertjährigen Bestehens der Alten Breslauer Burschenschaft der Raczecks. Breslau 1917, S. 34, 35, 39.

Inspektor gestattete ihm sicher nicht, große Reichtümer anzusammeln. Wenn überhaupt, dann war er nur mäßig wohlhabend. Für das Universitätsstudium konnte er den Söhnen nur wenig mit auf den Weg geben. Sie mussten sich um Stipendien bemühen, ihren Lebensunterhalt durch Privatunterricht mitverdienen und erhielten wegen ihrer Bedürftigkeit auch Freitische.<sup>6</sup> Um das Studium des Jüngsten zu sichern, sah sich der Vater sogar gezwungen, mit einem „testimonium paupertatis“ um weitere Stipendien anzuhalten.<sup>7</sup> In diesem Rahmen hat die sicher begrenzte finanzielle Situation in der großen Inspektorsfamilie gerade ausgereicht, um bei gehöriger und auf dem Lande gewohnter Sparsamkeit allen drei Söhnen eine gute Ausbildung angedeihen zu lassen, was den Töchtern – wie in dieser Zeit freilich üblich – sicher versagt blieb.

Alle drei Söhne genossen den so genannten Elementarunterricht in der Dorfschule des Nachbardorfs Thomaswaldau. Dann aber sorgte der Vater dafür, dass sie durch Privatunterricht bei einem Pastor bzw. bei einem als Hauslehrer in die Familie aufgenommenen Theologie-Kandidaten namens Tebesius auf den Gymnasiumsbesuch vorbereitet wurden. Zu Ostern 1827 waren die beiden älteren, Ludwig und Ewald, soweit präpariert, dass sie 14- bzw. 12-jährig zusammen in das Gymnasium zu Schweidnitz aufgenommen werden konnten. Zweieinhalb Jahre später bezog dann auch der Jüngste, Rudolph, zu Michaelis 1829 als Elfjähriger die gleiche Anstalt. Ludwig und Ewald, letzterer offenbar der intelligenteste der Matthäi-Brüder, legten nach dreieinhalb Jahren im Herbst 1830 mit 17 bzw. 15 Jahren gemeinsam das Abitur ab. Beide erhielten das Zeugnis Nr. II, das zum Universitätsstudium berechnete. Rudolph drückte wesentlich länger, nämlich sechseinhalb Jahre, die Schweidnitzer Schulbank. Er bestand im Frühjahr 1836 mit knapp 18 Jahren die Reifeprüfung und wurde am 30. März offiziell zum Studium in Breslau verabschiedet.<sup>8</sup>

Welche Bildungselemente die Familie und die Theologen-Privatlehrer den Gymnasiasten mit auf den Weg gaben, lässt sich, da Quellen persönlicher Art wie Briefwechsel, Memoiren oder Tagebücher gänzlich fehlen, nicht feststellen. Sicher war ihnen mit den Grundlagen des Lateins, des Griechischen und des Deutschen auch einiges an alter Geschichte vermittelt worden. Ob Politisches in der Familie eine Rolle gespielt hat, darf eher bezweifelt werden. Eventuell hat der Theologie-Kandidat ihnen etwas über das Burschenschaftswesen an den Universitäten erzählt; Theologen stellten in dieser Zeit neben Juristen die Mehrheit der Burschschafter. Erst das Gymnasium brachte den drei Matthäis prägende, sicher auch politisch anregende Bildungserlebnisse.

6 Vgl. GStAPK, I. HA, Rep. 97 VIII Nr. 1268, Bl. 3.

7 Vgl. Matrikeleintragung von Rudolph Matthäi. In: Uniwersytet Wrocławski. Archiwum, F. 454: Allgemeines Studentenregister. Philosophische Fakultät. Abgegangene Studenten 1837–1839, Phil. M/Matthäi.

8 Vgl. „Programm, wodurch zu der öffentlichen Prüfung der sämtlichen Klassen des hiesigen Gymnasiums [...] einladet Dr. Julius Held, Rektor des Gymnasiums, Schweidnitz 1836“, S. 15.

Das Schweidnitzer Gymnasium hatte zu dieser Zeit in Schlesien einen guten Ruf.<sup>9</sup> 1708 noch unter Habsburger Herrschaft als protestantisches Lyzeum gegründet, pflegte es von Anbeginn die humanistischen Wissenschaften, allen voran die antiken Sprachen. Nachdem die Schule 1822 ins Patronat der Stadt übergegangen war und Bürgerinteressen stärker berücksichtigt werden mussten, erhielten die naturwissenschaftlichen Fächer ein größeres, freilich immer noch recht bescheidenes Gewicht. Über vier Stunden Mathematik und je eine Stunde Physik und Naturgeschichte pro Woche kam man auch jetzt nicht hinaus.<sup>10</sup> Demgegenüber wurden acht Stunden Latein und sechs Stunden Griechisch unterrichtet, dem drei Stunden Deutsch und mit immerhin schon zwei Stunden Französisch auch eine moderne Fremdsprache gegenüberstanden, während Geographie und Geschichte insgesamt mit vier Stunden vertreten waren. Über das reine Fachwissen hinaus aber war von einiger Bedeutung für die Charakterbildung der Matthäis, dass sich auf der Schweidnitzer Schule unter dem Eindruck der Befreiungskriege ein freilich recht gemäßigter liberaler Geist ausbreiten konnte. Vor allem der Geschichtsunterricht hat beigetragen, die Schüler erstmals auch politisch zu sensibilisieren. Namentlich zwei Lehrer, der Rektor Carl Wilhelm Halbkart und der Konrektor und Geschichtslehrer Christian Albert Vogelsang, die vornehmlich alte Sprachen und Geschichte lehrten, legten durch ihren Unterricht in ihren Schülern, wie einer von ihnen später bekannte, den „Grund zu der freisinnigen Denkungsweise“<sup>11</sup>.

### 3 Das Universitätsstudium der beiden älteren Matthäis

Michaelis 1830 nahmen die beiden älteren Matthäis, Ludwig und Ewald, das Studium an der Universität Breslau auf. Ludwig war 17 Jahre, Ewald noch nicht 16 Jahre alt. Ludwig studierte zunächst zwei Jahre Philologie, ging im Herbst 1832 aber zum Jurastudium über, das er nach dem Wintersemester 1835/36, also im Frühjahr 1836 abschloss.<sup>12</sup> Über die Gründe für den Fakultätswechsel hat er sich nicht geäußert. Ewald schrieb sich an der evangelisch-theologischen Fakultät ein und beschloss nach zwei Jahren in Breslau das obligatorische Triennium mit einem Sommersemester 1833 an der Berliner Universität.<sup>13</sup> Unmittelbar danach, im Herbst 1833 nahm er, wie für

9 Vgl. dazu Baege, M.: Das Gymnasium zu Schweidnitz in seiner geschichtlichen Entwicklung bis 1830. Schweidnitz 1908; Schmidt, J.: Das Gymnasium zu Schweidnitz in den Jahren 1830–1866. In: Schulprogramme Schweidnitz 1874 und 1876.

10 Vgl. „Programm, wodurch zu der öffentlichen Prüfung der sämtlichen Klassen des hiesigen Gymnasiums [...] einladet Dr. Julius Held, Rektor des Gymnasiums, Schweidnitz 1836“, S. 15.

11 GStAPK, I. HA Rep. 97 VIII Nr. 356, Bl. 149.

12 Vgl. Verzeichnis der Behörden, Lehrer, Beamten und sämtlicher Studierenden auf der Königlichen Universität zu Breslau mit ihren Wohnungen, WS 1830/31 bis WS 1835/36.

13 Vgl. ebenda sowie Archiv der Humboldt-Universität Berlin, Matrikel-Nr. 916/23. Rektorat (für die Auskunft v. 15.06.2006 danke ich Frau Auste Wolff).

die meisten Theologie-Kandidaten üblich, eine Hauslehrerstelle bei einem Breslauer Kaufmann an. Wann und an welchen Gerichten Ludwig seine juristischen Examina absolvierte, liegt im Dunkeln.

Da beider Abgangszeugnisse nicht überliefert sind, bleibt weitgehend unbekannt, worauf sie sich bei ihren Studien besonders konzentrierten. Anhand der Berichte der Breslauer Universität an das Kultusministerium und aufgrund historischer Abhandlungen über die Breslauer Fakultäten lässt sich lediglich etwas über das Vorlesungsangebot an der philosophischen, juristischen und evangelisch-theologischen Fakultät aussagen.<sup>14</sup>

Die Breslauer evangelisch-theologische Fakultät,<sup>15</sup> die bei Gründung der Breslauer Universität 1811 von der Frankfurter Viadrina in die schlesische Metropole überführt worden war, hatte zwar keine eigene Schule hervorgebracht, übte jedoch einigen Einfluss auf die schlesische evangelische Kirche aus. An ihr lehrten seit 1818 sechs Professoren und später auch noch vereinzelt Privatdozenten. Ihr Vorlesungsangebot war zu Beginn der dreißiger Jahre recht ordentlich. Besondere Anziehungskraft auf die Studenten übte der Rationalist David Schulz aus, ein schlesischer Bauernsohn, der aus der Schule des Hallenser Altertumswissenschaftlers Friedrich August Wolff kam. Er analysierte das Neue Testament mit philosophischen Mitteln und suchte das Christentum mit den Gesetzen rationalen Denkens in Übereinstimmung zu bringen. Seine Vorlesungen gehörten zu den am besten besuchten in der theologischen Fakultät. E. Matthäi hat sicher bei ihm gehört. Ob er sich auch bei Heinrich Middeldorf, einem enzyklopädisch orientierten Theologen, eingeschrieben hat, der neben altorientalischen Sprachen vor allem alttestamentliche Exegese anbot, oder den Altlutheraner Johann Gottfried Scheibel hörte oder gar dem nur Eliten offenstehenden evangelisch-theologischen Seminar angehörte, muss offen bleiben. Eher wahrscheinlich ist hingegen, dass er die Vorlesungen und Übungen des Privatdozenten Carl Adolph Suckow<sup>16</sup> besucht hat, eines repressierten Breslauer Burschenschafters von 1820, der zu mehreren theologischen Gegenständen, darunter über christliche Ethik und Praktische Theologie las, beliebte katechetische und homiletische Übungen veranstaltete und durch seinen Kampf gegen die staatlichen Bevormundungen in den vierziger Jahren zum kirchenpolitischen Führer des schlesischen Liberalismus wurde.

14 Vgl. hierzu und zum Folgenden die Studien über die verschiedenen Fakultäten und die zahlreichen Fachrichtungen der Breslauer philosophischen Fakultät in Kaufmann, G. (Hg.): Festschrift zur Feier des hundertjährigen Bestehens der Universität Breslau. Zweiter Teil. Breslau 1911, S. 337–522, sowie die Vorlesungsverzeichnisse aus den Jahren 1830–1840. In: GStAPK, I. HA Rep. 76–Va Sekt. 4 Tit. 13 Nr. 1: Die von der Universität Breslau halbjährlich eingereichten Tabellen, Bd. 6, Bl. 36ff., 80, 84ff., 130f., 141ff, 195f., 228ff., 251, 300f.; Bd. 7, Bl. 33f., 78, 85ff., 192ff., 232ff., 303ff., 337ff., Bd. 8, Bl. 40ff., 82ff. und 131ff.

15 Vgl. Arnold, F.: Die evangelisch-theologische Fakultät. In: Kaufmann, G. (Hg.): Festschrift zur Feier des hundertjährigen Bestehens der Universität Breslau. Zweiter Teil. Breslau 1911, S. 175–199.

16 Vgl. Friedrich, M.: Suckow, K. A. In: Bautz, F. W. (Hg.): Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon. Bd. XI. Herzberg 1996, Sp. 165f.

Über das Berliner Sommersemester 1833 gibt hingegen sein Abgangszeugnis genaue Auskunft.<sup>17</sup> Da wurde Ewald „fleißiger, eifriger Besuch“ einer „Einleitung der dogmatischen Theologie“ von Philipp Konrad Marheineke, seit 1810 Professor für Dogmatik und Kirchengeschichte, und der „Practischen Theologie“ von Friedrich Ernst Daniel Schleiermacher, seit 1809 Professor für Theologie und Philosophie, attestiert. Johann August Wilhelm Neanders, seit 1813 Professor für Kirchengeschichte und Exegese, „Pauli Apostoli notiones de rebus divinis humanisque“ hatte er nur belegt, aber dann nicht regelmäßig besucht; zumindest fehlt hier das Abschlusstestat.

Wie an anderen Universitäten dieser Zeit umschloss die philosophische Fakultät in Breslau, an der sich von 1830 bis 1832 zwei Jahre lang Ludwig und von 1836 bis 1840 Rudolph Matthäi eingeschrieben hatten, auch in Breslau nicht nur die geisteswissenschaftlichen Fächer von der Philosophie über die Geschichte bis zu den verschiedenen philologischen Disziplinen, sondern war auch Heimstatt der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer. In der Philosophie war Christlieb Julius Braniß, seit 1833 hier ordentlicher Professor, der an Johann Gottlieb Fichte, Friedrich Wilhelm Joseph Schelling und Georg Wilhelm Friedrich Hegel anknüpfte, der bedeutendste Lehrer mit großen Lehrerfolgen. Er las Geschichte der Philosophie, Logik und Psychologie und erläuterte die Kantsche und Hegelsche Philosophie. Philosophische Vorlesungen hielten ferner der Protestant Ludwig Thilo, der sich mit Gottfried Wilhelm Leibniz, Baruch Spinoza und Immanuel Kant auseinandersetzte und auch Prinzipien der Rechts- und Staatsphilosophie vortrug, der katholische Philosoph Joseph Johann Rohowski, der sich besonders um die Religionsphilosophie kümmerte und die christlichen Lehren gegen Kant, Fichte und Hegel zu verteidigen sich bemühte, und Christian Gottfried Nees von Esenbeck, den vor allem die Naturphilosophie interessierte. In der historischen Fachschaft prägten Ludwig Wachler und Gustav Adolph Stenzel, beide seit den zwanziger Jahren im Amt, das Niveau der Lehre. Sie hatten dank ihrer wissenschaftlichen Publikationen längst einen Namen: Wachler aufgrund seiner literaturgeschichtlichen Handbücher, Stenzel durch seine Geschichte der Fränkischen Kaiser und die ersten historisch-kritischen Studien zur schlesischen Geschichte, mit denen er den Grundstein für die neuere schlesische Geschichte legte. Beide deckten durch ihre Vorlesungen die Geschichte des Mittelalters und der Neuzeit von der Reformation bis zum Pariser Frieden von 1815 ab, wobei die Zeit Friedrichs des Großen, der französischen Revolution und der Befreiungskriege Schwerpunkte bildeten. Historische Kollegs gab auch Joseph Kutzen, der unter den Historikern der Geographie das größte Verständnis entgegenbrachte und regelmäßig allgemeine Geographie und Geographie der Alten Welt las. Eine selbständige Fachrichtung Geographie hatte sich noch nicht herausgebildet. Dieses Gebiet wurde sowohl von den Historikern, darunter auch von Stenzel, der überhaupt den ersten Lehrstuhl für Geographie innehatte, als auch von Naturwissenschaftlern, dem Physiker Moritz Ludwig Frankenheim mit physischer Geographie und dem Mineralogen Ernst Friedrich Glocker betreut, der

17 Vgl. Archiv der Humboldt-Universität Berlin, Bestand Az, 16.08.1833, Matthaei (für Auskünfte und Kopien v 04.08.2006 danke ich Frau Auste Wolff).

sich vor allem mit spezieller Geographie Afrikas befasste. Deutsche Sprache und Literatur vertrat vor allem der Dichter August Heinrich Hoffmann (von Fallersleben), von dem Geschichte der deutschen und romanischen Literatur seit dem Mittelalter, deutsche Grammatik des 13. Jahrhunderts, Enzyklopädie der deutschen Philologie und Geschichte des deutschen Volkslieds zu hören war, der aber auch Handschriftenkunde betrieb. Ihm zur Seite standen der Privatdozent und Komponist August Kahlert, dessen Hauptthemen Ästhetik und Rhetorik waren, der aber auch Vorlesungen über Schiller, Goethe und Klopstock hielt, und seit 1838 auch Gustav Freytag, der althochdeutsche und hochdeutsche Grammatik untersuchte, zu Übungen in der deutschen Philologie einlud und sich der Geschichte der dramatischen Poesie der Deutschen und speziell den Nibelungen widmete.

Welche Kollegs Ludwig an der philosophischen Fakultät besucht hat, ist unbekannt. Auch ist nicht überliefert, womit er sich bei den Juristen von 1832 bis 1836 besonders befasst hat. Den Lehrbetrieb in der Breslauer Juristen-Fakultät bewältigten in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre fünf Professoren und ein Privatdozent und das Angebot war außerordentlich vielfältig.<sup>18</sup> Alle Lehrenden boten Vorlesungen und „Examinatoria“ zu mehreren Bereichen der Jurisprudenz an, sie galten jedoch auf einem Gebiet als besonders ausgewiesene Spezialisten. Der Hegel-Schüler Julius Friedrich Heinrich Abegg tat sich auf dem Felde des Strafrechts hervor, auf dem er bei der Begründung der Strafe Hegels Dialektik anzuwenden suchte. Er veröffentlichte 1836 ein bedeutendes Lehrbuch der Strafrechtswissenschaft. Als einziger unter den Breslauer Juristen las er auch über Naturrecht und Rechtsphilosophie. Ein markanter Vertreter der historisch-philologischen Richtung in der Rechtswissenschaft war Georg Philipp Eduard Huschke, dessen Hauptgegenstand das römische Recht war. Im Geiste der historischen Schule lehrte Carl August Dominikus Unterholzner Geschichte und Institutionen des Römischen Rechts wie preußisches Recht. Michael Eduard Regenbrecht las über europäisches Völkerrecht, deutsche Staats- und Rechtsgeschichte und Kirchenrecht ebenso zu Lehnrecht und kanonischem Recht, während sich Ernst Theodor Gaupp als herausragender Kenner der deutschen Rechtsgeschichte und des deutschen Privatrechts präsentierte, aber auch Handels-, Kirchen- und Völkerrecht las. Carl Witte hielt vor allem Vorlesungen zum preußischen Landrecht und der Privatdozent August Geyder befasste sich besonders mit deutschem Recht und deutscher Rechtsgeschichte. Die Jurastudenten hatten so die Möglichkeit, sich auf fast allen Gebieten der Rechtswissenschaft zugleich bei mehreren Hochschullehrern über die unterschiedlichen Sichten zu informieren.

18 Vgl. dazu Die juristische Fakultät. In: Kaufmann, G.: Festschrift zur Feier des hundertjährigen Bestehens der Universität Breslau. Zweiter Teil. Breslau 1911, S. 201–238; GStAPK, I. HA Rep. 76–Va Sekt. 4 Tit. 13 Nr. 1, Bd. 6 und 7.

## 4 Burschenschaftsaktivitäten und Verfolgung von Ludwig und Ewald Matthäi

Die Studienzeit wurde auch dadurch zu einem Wendepunkt im Leben der beiden älteren Matthäis, dass sie jetzt zum ersten Mal in einen Gegensatz zu den bestehenden politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen gerieten. Während des Studiums schlossen sich beide der seit Ende 1828 erneuerten Breslauer Burschenschaft an. Mit dem Eintritt in die staatlich verfolgte geheime Studentenverbindung und den daraus folgenden einschneidenden Konsequenzen begann ihre oppositionelle politische Tätigkeit, auch wenn sie sich zunächst noch keineswegs für ein direktes Eingreifen in die gesellschaftlichen Verhältnisse entschieden bzw. dies nur mit Bedenken und recht zaghaft taten.

Ewald Matthäi trat unter dem Kneipnamen Schwalbe in seinem zweiten Semester, Anfang Juli 1831 der Breslauer Arminia bei, war jedoch gerade eine Woche Mitglied, als sich die Verbindung wegen einer anlaufenden Kriminal-Untersuchung auflöste. In den Akten des Berliner Kammergerichts figurierte er unter Matthäi II. Ende 1831 schloss sich auch Ludwig im Zusammenhang mit Wiederbelebung der Burschenschaft der Arminia an und erhielt den Kneipnamen Gambrinus. Für die Untersuchungsbehörden war er Matthäi I.<sup>19</sup>

Die Breslauer Burschenschaft hatte sich unter dem Einfluss von aus Halle nach Breslau gewechselten Burschenschaftern 1829/30 reorganisiert und mäßig radikalisiert.<sup>20</sup> Zusammen mit 58 anderen Studenten war auch Ewald Matthäi bereits im Sommer 1831 wegen rufbar gewordener Teilnahme an geheimen Verbindungen zur Untersuchung gezogen worden. Doch sprach das Breslauer Oberlandesgericht alle aufgrund der eingereichten gefälschten Verbindungskonstitution, aus der alles Belastende vorsorglich getilgt worden war, im Juni 1832 von der Anklage frei.<sup>21</sup> Als bereits im Dezember 1831, also lange vor diesem Urteil, einige alte und neu angeworbene Burschenschafter daran gingen, die aufgelöste Verbindung wieder neu zu beleben, waren diesmal beide Matthäis mit von der Partie. Bei der offiziellen Neukonstituierung der Burschenschaft im Februar 1832 übernahmen sie sofort Funktionen: Ludwig wurde Fechtwart, Ewald Sprecher. Und beide blieben die ganze Zeit über Beamte: Ewald wechselte im Herbst 1832 in die Funktion des zweiten Schreibers und nahm von Januar 1833 bis zu seinem Wechsel an die Berliner Universität im Mai 1833 wieder das Sprecheramt wahr; Ludwig übernahm im Herbst 1832 vom Bruder die Sprecherfunktion und im Januar 1833 das Amt des ersten Schreibers, das er bis zur Auflösung

19 Zur Rolle der Matthäis in der Burschenschaft vgl. vor allem die Untersuchungsakten des Kammergerichts: GStAPK, I. HA Rep. 97 VII Nr. 1266 und 1268 sowie den Hauptbericht über die Breslauer Burschenschaft Nr. 517, Bl. 137v.–147v.

20 Zur Breslauer Burschenschaft vgl. Nicolai, W.: Die Breslauer Burschenschaft bis zum Ende der Demagogenverfolgungen 1817–1835. Berlin 1935, S. 125–142; Schmidt, W.: Wilhelm Wolff. Sein Weg zum Kommunisten 1809–1846. Berlin 1963, S. 57–84.

21 Vgl. Nicolai, W.: Die Breslauer Burschenschaft bis zum Ende der Demagogenverfolgungen 1817–1835. Berlin 1935, S. 143f.

der Verbindung im Sommer 1833 ausübte. Die erneute Auflösung der Burschenschaft wurde ins Auge gefasst, als nach dem Frankfurter Wachensturm erste Verhaftungen an anderen Universitäten bekannt und im Mai 1833 auch die ersten Breslauer Studenten wegen des Verdachts einer Teilnahme an der Burschenschaft relegiert wurden.<sup>22</sup> Auf einer Mitgliederversammlung im Walde von Schwoitsch, unweit von Breslau, im Juni 1833, wo man sehr kontrovers über eine Auflösung beriet, hat sich Ludwig Matthäi neben einigen anderen dagegen ausgesprochen und war sogar nochmals zum Sprecher – und Wilhelm Wolff zum Sekretär – gewählt worden. Erst auf einer folgenden Beratung nach Johannis, also wohl im Juli 1833, zu der sich keine Mitglieder mehr, sondern nur noch die Vorständler zusammenfanden, erklärte der Vorstand die Verbindung für aufgelöst und beauftragte Wilhelm Wolff, die Verfassung zu verbrennen.

Die Breslauer Burschenschaft erreichte keineswegs das politische Niveau anderer radikalierter Burschenschaften, vor allem der südwestdeutschen Verbindungen, die sich zum „germanischen“ Prinzip der Intervention in die gesellschaftlichen Prozesse und zur Beteiligung an revolutionären Bestrebungen und Aktionen bekannten. Die Breslauer Burschen waren und blieben in ihrer Gesamtheit bis zuletzt „arminisch“; d. h. sie lehnten politisches Engagement strikt ab. Doch bildete sich Anfang 1832 in Breslau ein kleiner politischer Kern unter Wilhelm Wolff und Robert Julius Bartsch<sup>23</sup>, dem auch die beiden Matthäis angehörten. Diese Gruppe plädierte für eine zielstrebige Beschäftigung mit politischen Fragen, pflegte das Zeitungsstudium, diskutierte politische Probleme, sympathisierte mit der südwestdeutschen Oppositionsbewegung und mit dem Preßverein und verteidigte die polnische Revolution von 1830.<sup>24</sup> Sie setzte im Frühjahr 1833 die Gleichberechtigung der Juden in der Burschenschaft durch und versuchte, freilich erfolglos, sogar, durch Bruch mit den gemäßigten Elementen eine selbständige „germanische“ Verbindung zu konstituieren. Beide Matthäis waren als Beamte an diesen politischen Radikalisierungsbestrebungen direkt beteiligt. Sie galten den Burschenschäftlern zusammen mit Wolff und Plattnauer als die eigentlichen „Politiker“ in der Verbindung.<sup>25</sup>

Als ein knappes Jahr nach der Auflösung der Burschenschaft, im Mai 1834 massive Verfolgungen auch in Breslau einsetzten, gehörten die beiden Matthäis zu den ersten, die in Untersuchung genommen wurden. Seit März 1834 hatte man bereits nach Ludwig gefahndet; Ende Mai erfolgten Haussuchungen in Halbendorf und kamen beide kurzfristig in der Breslauer Fronveste auch in Haft. Im Mai und Juni 1834 wurden sie zahlreichen Verhören unterzogen, in denen sie wichtige Angaben zur Tätigkeit der

22 Vgl. hierzu ebenda, S. 149; Schmidt, W.: Wilhelm Wolff. Sein Weg zum Kommunisten 1809–1846. Berlin 1963, S. 85.

23 Vgl. hierzu v. a. ebenda, S. 66–83.

24 Vgl. Schmidt, W.: Die politischen Diskussionen in der Breslauer Burschenschaft der frühen dreißiger Jahre unter dem Einfluss der französischen Julirevolution, des polnischen Novembereufstandes und der politischen Bewegungen in den südwestdeutschen Staaten. In: Asmus, H. (Hg.): Studentische Burschenschaften und bürgerliche Umwälzung. Zum 175. Jahrestag des Wartburgfestes. Berlin 1992, S. 218–231.

25 Vgl. dazu die Aussagen von Eduard von Reichenbach und Schweitzer. In: GStAPK, Rep.97 VIII Nr. 1268, Bl. 42–46, u. Nr. 1266, Bl. 20.

Breslauer Verbindung und vor allem zur Wiederbegründung der Burschenschaft an der Jahreswende 1831/32 machten.<sup>26</sup> Wie gegen viele der bereits 1831 Angeklagten und 1832 Freigesprochenen wurde auch gegen Ewald ein neues gerichtliches Verfahren eingeleitet. Ihm wurde dabei besonders zur Last gelegt, dass er noch während der Untersuchung von 1831/32 an der Wiederbelebung der Burschenschaft beteiligt war und überdies zu den besonders aktiven Beamten gehört hatte.

Ins Gewicht fiel schließlich, dass die Matthäis zum Kern der Politiker gehört hatten. Ewald war dem Inquirenten wegen seines intellektuellen Formats sofort aufgefallen. Der Breslauer Untersuchungsrichter Koch erkannte, dass er es mit einem „sehr gewitzigten Kopf“ zu tun hatte.<sup>27</sup> Den Behörden war bei der Haussuchung neben Tagebuch-Fragmenten, die allerdings nicht von ihm stammten, ein Aufsatz Ewald Matthäis von Februar 1833 in die Hände gefallen, der „politische Betrachtungen“ über Zeitereignisse enthielt.<sup>28</sup> Sie bezeugten sein hohes politisches Interesse und vorzügliche Kenntnis der politischen Vorgänge zu Beginn der dreißiger Jahre von der französischen Julirevolution über die Oppositionsbewegungen im deutschen Südwesten, die innerburschenschaftlichen Kontroversen bis zur polnischen November-Revolution. Allerdings waren seine Reflexionen über das Politische in eine auffallend vordergründige satirische Form gebracht, die dem Leser den Eindruck vortäuschten, er selbst sei den revolutionären Tendenzen abhold. Der Inquirent hat dies sicher auch gespürt. Ewald Matthäi suchte in seinem „Gedanken-Ragout“ das politische Geschehen nämlich als bloßes Theater, wie ein Fastnachtsspiel ins Lächerliche zu ziehen und erklärte sich in diesem Sinne sogar selbst zu einem Republikaner, der die irresten Dinge in Angriff nehmen wollte. Lediglich über die polnische Erhebung finden sich ernster zu nehmende Überlegungen. Die Polen hätten manches von Frankreich, der „mit ihnen sympathisierenden großen Nation adoptiert [...] und etwas davon zu uns herübergeschafft.“ Zwar setzt er sich kritisch mit vorbehaltloser Polonophilie auseinander, prangert die polnische Zwietracht an, die es den Großmächten erleichtert hätte, Polen aufzuteilen; auch meint er, nicht materielle Not, Elend und Verzweiflung habe den Aufstand bewirkt. Doch würdigt er: „Die Polen haben sich wacker geschlagen, sind ein heldenmütiges Volk.“ Und er konstatiert schließlich: „Immer bleibt die polnische Insurrektion ein böses Beispiel; und es mag wohl durch sie hier und da böser Samen gestreut worden sein.“

In den Verhören hat er mit seiner Meinung über die Zielsetzungen der Burschenschaft nicht zurückgehalten, sondern sich ohne wenn und aber zur Verfassung der Breslauer Burschenschaft bekannt, die die Verbindung als eine Vereinigung begriff, in der sich die Studenten für das spätere Wirken in Ämtern vorbereiten sollten.<sup>29</sup> Man wollte im Volk eine höhere geistige Bildung verbreiten, um es so „zur Aufnahme und

26 Vgl. GStAPK, I. HA Rep. 97 VIII Nr. 1266 und Nr. 1268.

27 Vgl. ebenda, Bl. 2v.

28 „Politische Betrachtungen oder auch ein inhaltsschweres Wort über eine inhaltsschwere Zeit oder Much ado about nothing“ (GStAPK, I. HA Rep. 97 VIII Nr. 1268, Bl. 12–15).

29 Vgl. ebenda, Bl. 66 und Nr. 517, Bl. 144f.

zum würdigen Gebrauch der versprochenen konstitutionellen Verfassung fähig zu machen“. Überdies gelte es, nachdem Napoléon das deutsche Volk aus dem Schlaf erweckt und sich in den Freiheitskriegen „die deutsche Kraft von neuem entwickelt“ habe, zur Aufrechterhaltung der deutschen Nationalität beizutragen, der Zerstückelung Deutschlands entgegenzuwirken und ein „engeres nationales Leben zu erwecken“. Denn das deutsche Vaterland stehe über den einzelnen Staaten.

Nach den Untersuchungen in Breslau konnte Ewald seiner Hauslehrertätigkeit weiter nachgehen und Ludwig schloss noch sein Jurastudium ab. Dass eine Strafe drohte, wurde ihnen bewusst, nachdem sie bei so genannten Schlussverhören im März 1835 in Breslau erfahren hatten, dass gegen sie eine Kriminaluntersuchung eingeleitet worden ist.<sup>30</sup> Ihr Verteidiger Justizrat Merkel aus Breslau plädierte in seinen Defensionen im April 1835 dafür, jeden mit höchstens zwei Jahren Gefängnis zu bestrafen, da ihre „Vergehen“ keine nachteiligen Folgen für die Staatsverfassung gehabt und sie überdies eher aus Unwissenheit über die sich eventuell entwickelnden Tendenzen gehandelt hätten.<sup>31</sup> Ewald hatte, vom Untersuchungsbeamten nach Argumenten zu seiner Verteidigung befragt, seine Jugend ins Spiel gebracht, sei er doch gerade erst 16 Jahre alt gewesen, als er sich der Verbindung anschloss. Und beide beteuerten natürlich, dass sie ihre Taten aufrichtig bereuten.

Das Berliner Kammergericht, zuständig für die Aburteilung von „politischen Verbrechern“ aus ganz Preußen, war da allerdings ganz anderer Meinung als der Verteidiger und schob die Rechtfertigungsargumente der Angeklagten vom Tisch. Es verurteilte beide Matthäis im Prozess gegen die Breslauer Burschenschaft vom 17. Dezember 1835 – ebenso wie die meisten anderen Inkulpaten – wegen Teilnahme an einer geheimen burschenschaftlichen Verbindung zu sechs Jahren Festungsarrest und erklärte sie für unfähig, später ein öffentliches Amt zu bekleiden, was Berufsverbot bedeutete. Erst vier Monate nach dem Urteilsspruch, am 5. April 1836 wurde ihnen im Kreisgericht Striegau das Urteil „publiziert“, also eröffnet.<sup>32</sup> Wohl wissend, dass ein Revisionsantrag nichts einbringen und nur die Zeit der Ungewissheit verlängern würde, verzichteten sie sofort darauf, vom so genannten Rechtsmittel der weiteren Verteidigung Gebrauch zu machen. Sie wollten sich vielmehr umgehend mit Gnadengesuchen an den König wenden. Damit erreichten sie tatsächlich auch, dass eine Kabinettsorder vom 28. Juni 1836 das Strafmaß wesentlich herabsetzte.<sup>33</sup> Die Amtsunfähigkeit indes wurde nicht aufgehoben; dies durfte erst drei Jahre nach Abbüßen der Strafe beantragt werden. Ludwig sollte – wie die meisten der zu sechs Jahren Festung Verurteilten und um Gnade Anhaltenden – ein Jahr ins Gefängnis. Ewald hingegen hatte man eineinhalb Jahre zudiktiert. Das höhere Strafmaß wurde damit begründet, dass er mehrfach leitende Ämter in der Burschenschaft wahrgenommen

30 Vgl. GStAPK, I. HA Rep. 97 VIII Nr. 1266, Bl. 39–46v.

31 Vgl. GStAPK, I. HA Rep. 97 VIII Nr. 1268, Bl. 79–88.

32 Vgl. GStAPK, I. HA Rep. 97 VIII Nr. 518a, Bl. 4–6.

33 Vgl. GStAPK, I. HA Rep. 77 Tit. 18 Nr. 17, Bd. 5, Bl. 97–98 und 102; auch Rep. 97 VIII Nr. 520a, Bl. 5–7v.

hatte. Da auch Ludwig Sprecher und Schreiber, also ebenfalls Beamter gewesen war, spielte für das höhere Strafmaß wohl eher die Tatsache eine Rolle, dass er sich bereits im Juli 1831 der Burschenschaft angeschlossen und dann zu den aktivsten Initiatoren der Ende 1831 wiederbelebten Verbindung gehört hatte. Ewald erschien der Ministerialkommission, die über die reduzierte Strafe zu befinden hatte, überdies als der aktivere und aufgrund seiner deutlich artikulierten politischen Bekenntnisse wohl auch gefährlichere Matthäi.

Beiden wurde das Breslauer Gefängnis als Strafvollzugsstätte zugewiesen. Ludwig zog am 27. September 1836 dort ein; 14 Tage später, am 10. Oktober, folgte ihm Ewald, der sich bereits nach vier Monaten über die Behandlung im Gefängnis beschwerte. Mitte Februar 1837 reichte er ein Gesuch bei der Gefängnisdirektion ein, zu einer „gelinderen und ehrenvolleren Haft“ doch auf die Festung Glogau verlegt zu werden. Im Breslauer Gefängnis müsse er mit „gewöhnlichen Verbrechern“ zu sechst in einem engen Raum zusammen sitzen, komme nur einmal am Tag für kurze Zeit auf dem Hof an die frische Luft und fürchte daher, „hier physisch und geistig zerstört zu werden“<sup>34</sup>. Gleichzeitig intervenierte der Vater, seinen beiden inhaftierten Söhnen täglich einige Stunden Ausgang zu gewähren, da sie gesundheitlich angeschlagen sind.<sup>35</sup> Nach Glogau auf die Festung kam Ewald zwar nicht; doch längere Aufenthalte an frischer Luft scheinen daraufhin an der Tagesordnung gewesen zu sein. Ludwig kam am 27. September 1837 frei; Ewald wurde am 10. April 1838 entlassen.<sup>36</sup>

## 5 Studium und Burschenschaftsmitgliedschaft des jüngsten Matthäi

Als seinen älteren Brüdern gerade das Urteil verkündet wurde, immatrikulierte sich der jüngste Matthäi, Rudolph, am 20. April 1836 bei den Juristen an der Breslauer Universität. Und als die Brüder im Herbst 1836 ihre reduzierte Strafe antraten, wechselte er gerade von der juristischen zur philosophischen Fakultät. Er hatte wahrscheinlich von vornherein als Studienziel den Lehrerberuf im Auge und konzentrierte sich im Studium auf Philosophie, Philologie, Geschichte und Geographie, belegte aber auch die naturwissenschaftlichen Fächer, die ja in die philosophische Fakultät integriert waren. Einer späteren Kurzvita zufolge hatte er sich „namentlich durch historisch-geographische sowie sprachliche und literatur-historische Studien auf das Lehramt“<sup>37</sup> vorbereitet.<sup>37</sup> Das Zeugnis pro facultate docendi von Mai 1846 erteilte ihm nicht nur die Lehrbefähigung für Geschichte, Geographie und Deutsch in den oberen Klassen,

34 GStAPK, I. HA Rep. 97 VIII Nr. 520a, Bl. 157–159.

35 Vgl. ebenda, Bl. 169–171.

36 Vgl. GStAPK, I. HA Rep. 97 VIII Nr. 602, Bl. 166 und 311.

37 Vgl. Grünberger Schulprogramm 1854, S. 27.

sondern gestattete ihm auch Latein und Französisch in den mittleren Klassen und sogar Mathematik in der Sexta und Quinta zu unterrichten.<sup>38</sup>

Das Schicksal der gerade einsitzenden Brüder hielt Rudolph nicht davon ab, den gleichen Weg wie diese zu gehen. Er schloss sich nach Studienaufnahme sogleich den Breslauer Raczecks an. Die Raczecks (sie nannten sich nach dem Wirt Raczek, in dessen Kneipe sie tagten) der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre waren zwar keine straff organisierte Verbindung mehr, doch setzten sie in recht lockerer Form, weiterhin regelmäßige Zusammenkünfte und Diskussionen pflegend, die Tradition der alten „arminischen“ Burschenschaft fort. Sie wurden, da die Behörden meinten, es handele sich um keine Burschenschaft, nicht vergleichsweise so rigoros verfolgt wie die Burschenschaft der frühen dreißiger Jahre, jedoch weiterhin beobachtet und bisweilen auch durch Haussuchungen belästigt. Die Raczecks gaben sich nicht nur geselligem Studentenleben hin und fochten nach wie vor, sondern führten auch regelmäßig wissenschaftliche und politische Diskussionen, in denen sich bereits mehrere Richtungen abzeichneten: „Namentlich nahmen wir innigen Antheil an der Entwicklung der deutschen Literatur (Heine, Börne, das junge Deutschland, Laube, Wienbarg, Gutzkow blühten damals, das Leben Jesu von Strauß, Pater Infantin und die St. Simonisten und die französischen Communisten)“, weiß ein Teilnehmer zu berichten.<sup>39</sup> Es war nicht zu erfahren, welche Rolle Rudolph Matthäi bei den Raczecks gespielt hat, ob er gar zu den gewählten Mitgliedern des Ehrengerichts, der einzigen Leitungsinstitution der Vereinigung, gehörte. Er selbst hat sich später nie dazu geäußert. Von den Brüdern ohnehin schon in freiheitliches burschenschaftliches Denken eingeführt, hat die weltoffene und kritische Atmosphäre in der Organisation ohne Frage zu seiner weiteren Politisierung beigetragen. Möglicherweise ist er hier auch erstmals mit den Schriften der französischen Sozialisten und Kommunisten bekannt gemacht worden.

## 6 Nach Studienabschluss.

### Hauslehrerjahre und weitere juristische Ausbildung

Im Sommer 1840 verließ *Rudolph Matthäi*, ohne sich offiziell abzumelden, die Breslauer Universität und wurde Hauslehrer bei dem gleichen Gutsbesitzer Dehmel in Uciechow bei Adelnau im Großherzogtum Posen,<sup>40</sup> bei dem zwei Jahre zuvor bereits Wilhelm Wolff nach seiner Entlassung von der Festung Silberberg untergekommen war. Wolff, seit dem Schweidnitzer Gymnasium mit den Matthäis bekannt und be-

38 Vgl. Personalbogen Nr. 2 des Lehrers Rudolf Matthäi. In: Bildungsgeschichtliche Forschung. Deutsches Institut für internationale Pädagogische Forschung. Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung – Archiv.

39 Vgl. [Bach, Th.:] Gründung und Entwicklung der Breslauer Burschenschaft. Breslau 1867, S. 91.

40 Vgl. Uniwersytet Wrocławski. Archiwum, F. 454: Allgemeines Studentenregister. Philosophische Fakultät. Abgegangene Studenten 1837–1839, Phil. M/Matthäi.

freundet,<sup>41</sup> scheint die Anstellung vermittelt zu haben. Anfang der vierziger Jahre ist Rudolph als Hauslehrer nach Schlesien zurückgekommen.<sup>42</sup> Seinen Lebensunterhalt verdiente er sich jedenfalls, wie er später angab,<sup>43</sup> bis zu seiner Anstellung im öffentlichen Schuldienst als Hauslehrer.

*Ewald Matthäi* war nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis bereits im April 1838 nach Klein-Gandau gegangen und hatte dort eine Hauslehrerstelle bei seinem Bundesbruder Leitgeb angenommen, der kurz vor ihm freigelassen worden und in dem Dorf bei Breslau Gutsbesitzer geworden war. Im Sommer 1840 war Ewald nachweislich noch dort beschäftigt. Wahrscheinlich hat er sich zumindest auch in den frühen vierziger Jahren weiter als Hauslehrer durchs Leben geschlagen. Ob er dabei bereits begann, publizistisch tätig zu werden und sich dem Journalismus zuzuwenden, wie dies bei Rudolph seit Mitte der vierziger Jahre der Fall war und was für ihn selbst seit 1848 zur Hauptbeschäftigung wurde, muss mangels entsprechender Quellen offen bleiben. Den theologischen Prüfungen, die ihm den Weg in den Stand der evangelischen Geistlichen geöffnet hätte, hat er sich nicht unterzogen. Zwar hat er sich die ihm bei der Haussuchung abgenommenen Universitätszeugnisse sofort nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis im April 1838 zurückgeben lassen.<sup>44</sup> Doch gibt es keinen Hinweis darauf, dass er zum Predigeramtskandidaten avancierte oder in Schlesien eine Pfarrstelle antrat.<sup>45</sup> Eventuell hat er in den vierziger Jahren die *facultas docendi* für den Gymnasialunterricht erworben; denn 1848 taucht er in Berlin als „Candidat der Philologie“ auf. Die preußischen Behörden behielten ihn allerdings im Visier. Als das Polizeipräsidium im Juni 1850 von Einladungen zu einem Demokratenkongress in Braunschweig erfuhr, die auch an Ewald Matthäi gegangen waren, wusste man sofort, dass es sich nur um den ehemaligen Hauslehrer in Klein-Gandau handeln könne, der in Burschenschaftssachen verwickelt war.<sup>46</sup>

*Ludwig Matthäi* bemühte sich nach Abschluss des Jurastudiums und seiner Entlassung aus dem Gefängnis im Herbst 1837 darum, die obligatorischen drei juristischen Prüfungen abzulegen. Er wurde nach Aufhebung der Anstellungsunfähigkeit Referendar an verschiedenen schlesischen Gerichten und war zuletzt Assessor am Oberlandesgericht Breslau, wo er auch sein drittes, das Assessor-Examen abgelegt hat. Als ihm im November 1849 außer dem Laubaner Bürgermeisteramt auch noch die Funktion des Syndikus der Stadt angetragen wurde, bestätigte man ihm die Befähigung.

41 Dies bestätigen nicht zuletzt die bereits erwähnten Tagebucheintragen.

42 Vgl. Uniwersytet Wrocławski. Archiwum, F. 454: Allgemeines Studentenregister. Philosophische Fakultät. Abgegangene Studenten 1837–1839, Phil. M/Matthäi.

43 Vgl. Schulprogramm Grünberg 1854, S. 27.

44 Vgl. GStAPK, I. HA Rep. 97 VIII Nr. 520a, Bl. 4.

45 Im Manuskript des „Schlesischen Pfarrerbuchs“ taucht er nicht auf (Auskunft von Pastor em. Mag. phil. et theol. Dietmar Neß v. 20.02.1999).

46 Vgl. Landesarchiv Berlin, Rep. 30 C Tit. 94 Lit P Nr. 179 [Nr. 12152] und Lit. S [Nr. 294].

higung auch dafür, „da derselbe vor seiner jetzigen Anstellung Oberlandesgerichts-Assessor war“<sup>47</sup>.

Ihre oppositionelle Gesinnung haben alle drei Matthäis im Vormärz nicht aufgegeben. Öffentlich hervorgetreten sind sie zunächst allerdings nicht. Es sei denn, einer von ihnen hätte in den frühen vierziger Jahren bereits anonym – und daher bisher unentdeckt – für ein schlesisches, sächsisches oder anderes deutsches Blatt korrespondiert.

## 7 Die Vormärz-Engagements der Matthäis

### 7.1 Der Bürgermeister Ludwig Matthäi

Erst in der Mitte der vierziger Jahre traten Ludwig und Rudolph Matthäi erstmals auch in der Öffentlichkeit in Erscheinung; Ludwig freilich nicht als auffälliger schlesischer Oppositioneller; er wurde vielmehr gewählter und wohlbestallter Kommunalbeamter einer schlesischen Kreisstadt. Inzwischen diplomierter und ausgewiesener Jurist bewarb er sich 1845 um die vakant gewordene Stelle des Bürgermeisters der Stadt Lauban und verließ kurz darauf den Justizdienst, in dem er nach seiner Ernennung zum Assessor gerade erstmals auch etwas verdient hatte. Er wurde von der Laubaner Stadtverordnetenversammlung in das Amt gewählt und erhielt von der Regierung 1846 auch die Bestätigung. Seit 1847 ist er im preußischen Handbuch offiziell als Laubaner Bürgermeister verzeichnet.<sup>48</sup> Seitdem verwaltete und leitete er die Geschicke einer schlesischen Kreisstadt im Regierungsbezirk Liegnitz. Leider sagen die zur Kommunalverwaltung in Lauban vorliegenden Akten des preußischen Innenministeriums nichts über seine Leistungen und Verdienste um die Stadt.<sup>49</sup> Mit dem Innenministerium in Berlin hat er in den Jahren vor der Revolution keine Konflikte gehabt, sonst hätte dies in der Laubaner Kommunalakte seinen Niederschlag gefunden.

### 7.2 Rudolph Matthäi. Ein schlesischer Vormärz-Sozialist

Der jüngste Matthäi begab sich als erster in die Spur direkter politischer und sozialer Opposition gegen die bestehenden Zustände. Im Mai 1843 machte Rudolph Matthäi durch erste Artikel in den „Sächsischen Vaterlandsblättern“ in der Öffentlichkeit auf

47 GStAPK, Rep. 77 Tit. 3042, Nr. 2. Bd. 1: Regierung Liegnitz an Abt. des Inneren im Ministerium des Inneren, 14.11.1849.

48 Vgl. Handbuch über den Königlich Preußischen Hof und Staat 1847–1853; Haunfelder, B.: Biographisches Handbuch für das Preußische Abgeordnetenhaus 1848–1867. Düsseldorf 1994, S. 172, Nr. 1011; Ullmann, K.: Schlesien-Lexikon. Für alle, die Schlesien lieben. Mannheim 1980, S. 231.

49 Vgl. GStAPK, I. HA Rep. 77 Tit. 3042 Nr. 2 Bd.1: Die Verwaltung der Communal-Angelegenheiten in der Stadt Lauban 1820–1893. Weder über seine Einsetzung noch über seine Nichtbestätigung durch die Regierung 1851 sind darin Dokumente zu finden. Für die Jahre 1840–1847 gibt es in der Akte überhaupt keine Unterlagen.

sich aufmerksam.<sup>50</sup> Dort plädierte er bereits für die Verwirklichung eines „neuen Sozialsystems“, meinte aber aus linksliberaler Sicht, dass hierzu Pressefreiheit und Volksvertretung errungen werden müssen, womit sich Volksinteressen erst durchsetzen lassen. Ein halbes Jahr später, Ende Dezember 1843, erfolgte jedoch die Abkehr von der großen Politik und ihrem liberalen Programm und die Hinwendung zu einer „vernünftigen, der Natur des Menschen entsprechenden Erziehung“<sup>51</sup>. Auf dem Wege der Erziehung sollte das proletarische Massenelend bekämpft und überwunden werden. Da stand R. Matthäi bereits unter dem Einfluss der durch Wilhelm Wolffs Breslauer Kasemattenartikel ausgelösten sozialen Diskussion in Schlesien. Im Mai 1844 gab er sich schließlich in der von Moritz Elsner demokratisch redigierten „Schlesischen Chronik“ öffentlich als überzeugter Sozialist zu erkennen.<sup>52</sup> Er verteidigte und propagierte fortan Louis Blancs Konzept der Emanzipation der Arbeit durch deren vernunftgemäße Organisation. Nur dadurch sei drohenden Aufständen und Unruhen vorzubeugen. Auch nach dem schlesischen Weberaufstand von Juni 1844 blieb die Organisation der Arbeit im Zentrum seiner sozialistischen Agitation. Dem Widerstandswillen und der Aktionsfähigkeit der Ausgebeuteten schenkte er kaum Beachtung.

Das Jahr 1845 wurde zum Höhepunkt in R. Matthäis sozialistischer Vormärz-Publizistik. Inzwischen längst anerkanntes Mitglied der schlesischen Sozialistengruppe, die sich nach Wolffs Kasemattenartikel 1844 gebildet hatte,<sup>53</sup> war er neben Wilhelm Wolff und Isidor Pinoff einer der aktivsten schlesischen Mitarbeiter an westdeutschen sozialistischen Periodika und Sammelchriften. Er schrieb in dieser Zeit außer für die „Schlesische Chronik“ vor allem für den von Moses Heß in Elberfeld herausgegebenen „Gesellschaftsspiegel“, für das „Westphälische Dampfboot“ Otto Lünings wie für die von Hermann Püttmann veranstalteten „Rheinischen Jahrbücher“. Mitte 1845 galt er in Sozialistenkreisen als ein renommierter Vertreter sozialistischen Denkens in Deutschland.

Auf drei Gebieten machte er sich in dieser Zeit als Sozialist einen Namen. *Ers- tens* hat R. Matthäi zusammen mit Wilhelm Wolff erstmals von demokratisch-sozialistischen Positionen aus die Situation im Vormärz-Schlesien und namentlich die schlesischen Agrarverhältnisse untersucht. Im Zentrum standen dabei die sozialen Veränderungen auf dem Dorfe nach der Aufhebung der Erbuntertänigkeit und den preußischen Agrarreformen. Der Fortschrittsidee der Aufklärung verpflichtet, ordnete er diese Entwicklungen zunächst rein theoretisch-abstrakt in den Gang der Weltgeschichte von der Leibeigenschaft des Mittelalters über den blanken Egoismus des kapitalistischen Zeitalters zu einer anzustrebenden auf Vernunft und Natur beruhenden,

50 Vgl. R.M.: Liberalismus und Sozialismus. In: Sächsische Vaterlandsblätter, 28.05.1843, und Die Ausbildung des Liberalismus. In: Ebenda, 17.09.1843; zum folgenden vgl. auch die ausführliche Darstellung in Schmidt, W.: Rudolph Matthäi (1818–1889). Ein Vormärz-Sozialist und achtundvierziger sozialer Demokrat in Schlesien. In: Bleiber, H.; Schmidt, W.; Schötz, S. (Hg.): Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49. Bd. 2. Berlin 2007, S. 335ff.

51 Der Pauperismus und die Erziehung. In: Schlesische Chronik, 29.12.1843.

52 Vgl. Matthäi, R.: Die schlechte Zeit. Eine Erwiderung [...]. In: Schlesische Chronik, 07.05.1844.

53 Vgl. Schmidt, W.: Wilhelm Wolff. Sein Weg zum Kommunisten 1809–1846. Berlin 1963, S. 184–189.

von Ausbeutung freien Gesellschaft ein:<sup>54</sup> „Ein Prinzip leuchtet empor [...], uralt wie die Menschheit selbst, welche nun zum Bewusstsein ihres eigenen Wesens gelangt: das Prinzip der Lebensberechtigung jeder menschlichen Persönlichkeit, die Anerkennung der allen gemeinsamen Natur der freien, harmonischen, allseitigen Entwicklung des Einzelnen nach seinen individuell-menschlichen Anlagen, Vermögen und Kräften auf allgemein rechtlichen, den Gesetzen der Natur entsprechenden Grundlagen.“<sup>55</sup>

Die dann folgende Darstellung – die beste der Vormärzarbeiten R. Matthäis – wurde ganz im Gegensatz zur ersten abstrakten Abhandlung zu einer bemerkenswert konkreten sozialgeschichtlichen Analyse schlesischer Besonderheiten:<sup>56</sup> Wie Wilhelm Wolff stellte er klar, dass Schlesien besonders darunter leide, dass es einer doppelten, schon kapitalistischen und noch feudalen Ausbeutung unterworfen ist. Zugleich wies er nach, dass und wie sich im Gefolge der preußischen Reformen wesentliche soziale Strukturveränderungen auf dem Lande vollzogen, die neue Klassenbeziehungen entstehen ließen. Als erster lieferte er ein Bild der ländlichen Sozialstruktur im werdenden Kapitalismus. Die herrschende Gutsbesitzerklasse wurde jetzt ergänzt durch eine wohlhabende Großbauernschaft, die beide als reiche Schichten einer kleinen, immer stärker proletarisierten Grundbesitzerklasse und einem sich formierenden Landproletariat gegenüberstehen. „Wie die großen Geldkapitalien die kleinen verschlingen und jetzt schon den Mittelstand der Städte auflösen, so wird das große Grundeigentum das kleine zuletzt wieder an sich ziehen und den kleinen Bauernstand auflösen, wie sehr auch mancher gegenwärtig über die Parzellierung großer Güter jubeln möge.“<sup>57</sup> Schließlich vermittelte er einen detaillierten Überblick über die ethnische Verschiedenheit der Bewohner Schlesiens und suchte die ethnisch-nationale Identität der Oberschlesier zu bestimmen. Sie könnten nicht einfach zu den Polen geschlagen werden, sondern wären als „slawische Schlesier“ zu charakterisieren. Eine Überwindung der ethnisch-nationalen Gegensätze zwischen den Deutschen und dem einen Fünftel „Schlonsaken“ hielt er nur durch Bildung für möglich.

*Zweitens* unternahm R. Matthäi einen Versuch, den Sozialismus als Zielpunkt der Menschheitsentwicklung philosophisch zu begründen,<sup>58</sup> was Karl Marx und Friedrich Engels als „Philosophie des wahren Sozialismus“ qualifizierten.<sup>59</sup> Davon ausgehend, dass Glück und Lebens-Genuss des Einzelnen Endzweck allen menschlichen Strebens seien, leitete er die Legitimität und Möglichkeit von Glücksgewinn aus der Natur ab, deren angebliche Harmonie nur in der Gesellschaft realisiert werden müsste. Doch

54 Vgl. Matthäi, R.: Über die Ablösung der bäuerlichen Dienstpflichtigkeit. In: Gesellschaftsspiegel, H. 3/1845, S. 118–124.

55 Ebenda, S. 123f.

56 Vgl. R. M.: Die ackerbautreibende Bevölkerung in Schlesien. In: Gesellschaftsspiegel, H. 6/1845, S. 211–223.

57 Ebenda, S. 218.

58 Vgl. Matthäi, R.: Sozialistische Bausteine. In: Rheinische Jahrbücher zur gesellschaftlichen Reform, Bd. I (1845), S. 155–166.

59 Vgl. Marx, K.; Engels, F.: Die deutsche Ideologie. In: Marx, K.; Engels, F.: Werke. Bd. 3. Berlin 1962, S. 445.

hänge die Gewährleistung der von Saint Simon geforderten freiesten Entwicklung der natürlichen Anlagen aller vom Charakter der Gesellschaft ab, in der der Einzelne in unauflösbarer widersprüchlicher Wechselbeziehung stehe. Darum sei es notwendig, die gesellschaftlichen Bedingungen des Lebens für alle gleich zu gestalten, eine der Natur und der Vernunft gemäße Gesellschaft zu errichten. Ungeachtet der Marxschen Kritik an den idealistischen Grundpositionen und an der Missachtung des strikt historischen Charakters der verschiedenen Gesellschaftsformen bleibt festzuhalten, dass sich Matthäi hier eindeutig als Sozialist bekannte, der eine grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft und die Errichtung einer ausbeutungsfreien Ordnung für unabdingbar hielt.

Schließlich erwarb sich R. Matthäi *drittens* besondere Verdienste als Redakteur der ersten sozialistisch orientierten Zeitschrift in Schlesien, die unter dem Titel „Der Bote aus dem Katzbachthale“ von Juli 1845 bis Juni 1846 in Liegnitz erschien.<sup>60</sup> Das Blatt wollte, wie es im Prospekt hieß, die gegenwärtigen Verhältnisse vom Standpunkt der „Vernunft und der Menschlichkeit“ erörtern.<sup>61</sup> Vor allem Kritik an den sozialen Verhältnissen prägte die soziale, sozialistische Agitation, die Matthäi in der Zeitschrift betrieb. Als erster machte er Schlesien mit Engels’ Werk über „die Lage der arbeitenden Klasse in England“ bekannt, distanzierte sich jedoch von Engels’ Bekenntnis zum revolutionären Klassenkampf als Mittel zur Lösung der sozialen Frage.<sup>62</sup> Nachdrücklich setzte er sich mit den zahlreichen kleinbürgerlichen Palliativvorschlägen zur angeblich möglichen Linderung oder gar Beseitigung des proletarischen Elends auseinander. Er berichtete durch Nachdrucke auch über die Widerstandsaktionen und Organisationsbestrebungen der Arbeiter in England und Amerika, favorisierte jedoch seinem, ausschließlich auf Bildung und Erziehung setzenden Konzept entsprechend die deutschen Arbeiterbildungsvereine und andere demokratische Bildungsbestrebungen. Er hielt eine Verbindung von deutscher Philosophie und französischen sozialistischen Theorien für dringend erforderlich.<sup>63</sup> Ein besonderes Augenmerk richtete seine Zeitschrift auf die in Schlesien relativ starke deutschkatholische Bewegung. Matthäi knüpfte an die sozialen Forderungen dieser religiösen Dissidentenbewegung an und suchte sie – in der Hoffnung, den Christkatholizismus zu einer Durchgangsstufe zum Sozialismus zu entwickeln – in sozialistische Bahnen zu lenken.<sup>64</sup> Direkt politische Themen hat der „Bote“ wegen der scharfen Zensur weitgehend gemieden. Matthäi setzte sich aber

60 Der Bote erschien in folgender Reihenfolge: Nr. 1, Juli 1845, Nr. 2–3, August 1845; Nr. 4, September 1845; Nr. 5–6, Oktober 1845; Nr. 7–8, November 1845; Nr. 9–12, Dezember 1845; sowie Nr. 1 bis 6, Januar bis Juni 1846; vgl. auch Klawitter, W.: Die Zeitungen und Zeitschriften Schlesiens von den Anfängen bis zum Jahre 1870 bzw. bis zur Gegenwart. Breslau 1930, S. 139; vgl. dazu auch die ausführliche Analyse Schmidt, W.: „Der Bote aus dem Katzbachthale“ (Juli 1845–Juni 1846). Die erste soziale Zeitschrift in Schlesien. In: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, H. III (2006), S. 28–41.

61 Vgl. Der Bote, Nr. 1, Juli 1845.

62 Vgl. R.M. In: Der Bote, Nr. 2, August 1845, S. 25–29.

63 Vgl. Was ist Philosophie. In: Der Bote, Nr. 3, März 1846, S. 33f.; Die deutsche Rechtsphilosophie und der Sozialismus. In: Der Bote, Nr. 2, Februar 1846, S. 15–21.

64 Vgl. R.M.: Zur Kritik des Christkatholizismus. In: Der Bote, Nr. 1, Juli 1845, S. 2–5.

immerhin entschieden für eine Partizipation aller Volksschichten an der von den Liberalen geforderten parlamentarischen Demokratie ein,<sup>65</sup> verfiel in durchaus erforderlicher Abgrenzung vom politischen Liberalismus jedoch in den „wahr“sozialistischen Fehler, auf eine großbürgerlich eingeeengte politische Repräsentativdemokratie lieber ganz zu verzichten und sogar der Beibehaltung der absoluten Monarchie das Wort zu reden, wenn keine wirkliche Volksvertretung durchzusetzen wäre.

Im Juni 1846 stellte der „Bote“ sein Erscheinen ein, von der Zensur zu Tode gehetzt, wie die schlesischen Sozialisten meinten.<sup>66</sup> Damit endete im wesentlichen wohl auch Matthäis sozialistische Vormärzpublizistik. Er legte im Mai 1846 in Breslau sein Lehrerexamen ab<sup>67</sup> und ging in den Schuldienst, zunächst als Schulamtskandidat, dann als Hilfslehrer an die Gymnasien in Lauban, Görlitz und ab Mai 1848 schließlich in Liegnitz.<sup>68</sup> Ob er 1846/47 in sozialistischen Periodika anonym weiter veröffentlicht hat, war bisher nicht bündig auszumachen. Lediglich einige Artikel in der „Schlesischen Chronik“ nähren die Vermutung, dass er auch nach Mitte 1846 weiter im sozialistischen Sinne korrespondiert hat.

## 8 Als Demokraten in der Revolution von 1848/49

### Repressionen und Rückzug aus der Politik in Nachmärz und Reaktionszeit des ältesten und jüngsten und Aufstieg des mittleren Matthäi zum politischen Hauptredakteur der „Nationalzeitung“

Wie zahlreiche andere alte Burschschafter, die sich ihre Ideale bewahrt hatten, sah die Revolution von 1848/49 auch die Matthäi-Brüder in der vorderen Reihe der Kämpfer für eine demokratische Neugestaltung und Einigung Deutschlands. Hatte sich der jüngste bereits seit Mitte der vierziger Jahre gleichsam als Vorreiter aufs dornige Feld der öffentlichen politisch-sozialen Opposition begeben und dabei sogar auf dem äußersten linken Flügel der Vormärzdemokratie, im Lager der Sozialisten Stellung bezogen, so rückten mit Ausbruch der Revolution 1848 die drei Matthäis geschlossen, wenn auch auf verschiedenen Posten, in die Front der demokratischen Akteure auf. Die Revolution eröffnete ihnen neue Möglichkeiten, öffentlich politisch wirksam zu werden, ohne sogleich Repressionen unterworfen zu werden.

65 Vgl. Hinrichs neueste Schriften. [...]; Die deutsche Verfassungsfrage [...]. In: Der Bote, Nr. 2–3, August 1845, S. 43–47.

66 Vgl. Briefauszug Wilhelm Wolffs: Aus Breslau, im Oktober 1846, zit. in Schmidt, W.: Wilhelm Wolff. Sein Weg zum Kommunisten 1809–1846. Berlin 1963, S. 287.

67 Vgl. Personalbogen Nr. 2 des Lehrers Rudolf Matthäi. In: Bildungsgeschichtliche Forschung. Deutsches Institut für internationale Pädagogische Forschung. Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung – Archiv.

68 Vgl. Rep. 76–VI Sekt. 8z Nr. 21: Conduitenlisten der Gymnasiallehrer in Schlesien 1845–1847; Rep. 76–VI Sekt. 9z Nr. 7 Bd. 5: Das evangelische Gymnasium zu Groß-Glogau 1842–1852; Rep. 76–VI Sekt. 9z Nr. 12 Bd. 4: Das Gymnasium zu Liegnitz 1842–1853; Matthäis „Lebensgeschichte“. In: Grünberger Schulprogramm 1854, S. 27.

Die Berliner Märzrevolution haben sie lebhaft begrüßt. Ob sie selbst an den Demonstrationen in ihren jeweiligen Wohnorten in Glogau und Lauban bzw. in Berlin, wo Ewald zu diesem Zeitpunkt bereits lebte, sich beteiligten, lässt sich quellenmäßig nur für Ewald und Ludwig belegen. In die Wahlkämpfe für das Frankfurter und Berliner Parlament haben Ewald und Ludwig eingegriffen: Ewald im Berliner politischen Klub und Ludwig als Laubaner Bürgermeister, den man im Sommer 1848 ins Berliner Parlament wählte.

## 8.1 Rudolph Matthäi. Sozialer Demokrat in der Revolution und eine nachmärzliche Schulmeisterkarriere

Rudolph Matthäi trat Anfang Juni 1848 unter seinem, aus dem Vormärz bekannten Kurzsignum erstmals wieder offen in der „Schlesischen Chronik“ auf<sup>69</sup>, für die er seit 1843 geschrieben und wahrscheinlich auch nach seinem Übergang in den Schuldienst Mitte 1846 anonym weiter korrespondiert hatte. Das Blatt stand in dieser Zeit unter der Regie des mit ihm befreundeten Wilhelm Wolff, den Moritz Elsner bei seiner Abreise zu den Tagungen der preußischen Nationalversammlung als Nachfolger eingesetzt hatte. R. Matthäi blieb dem Hauptthema seiner Vormärzpublizistik, der sozialen Frage und der sozialistischen Agitation, treu. Er ging davon aus, dass auch nach der Revolution die sozialen Gegensätze des Kapitalismus fortbestehen, durch die Revolution keineswegs schon die Beseitigung des Arbeiterelends eingeleitet wurde. Unter diesem Aspekt untersuchte er das Desinteresse der verschiedenen Fraktionen der besitzenden Klassen an der sozialen Frage. Er hielt an seinem bisherigen sozialistischen Konzept unverrückbar fest, dass „die Herrschaft des Geldes und die Allmacht des Privateigentums“ überwunden werden müsse, das aber könne nur geschehen, wenn „die Arbeit nach allgemeinen gerechten Grundsätzen organisiert worden sein wird.“ Über eine Teilnahme der arbeitenden Klassen am aktuellen politischen Kampf um Demokratie indes verlor er nach wie vor kein Wort.

Erst seine politischen Erfahrungen in den Reihen der revolutionären Demokraten in Liegnitz,<sup>70</sup> wo er seit Anfang Mai 1848 eine Stelle als Gymnasial-Hilfslehrer angetreten hatte, zwangen ihn, gründlicher über das Verhältnis von politischer Demokratie, sozialer Frage und Sozialismus nachzudenken. Er hat sich sofort dem gerade gegründeten demokratischen Verein der Stadt angeschlossen, wurde im Juli Mitglied des Redaktionsgremiums der Vereinszeitung „Der Demokrat“ und im Frühherbst auch

69 Vgl. R. M.: Wohin? In: Schlesische Chronik, Nr. 43, 03.06.1848, S. 185f.; Wiederabdruck bei Bleiber, H.: Wilhelm Wolffs Aufenthalt in Breslau im Frühjahr 1848. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, H. 6/1958, S. 1324–1326.

70 Über Liegnitz als ein Zentrum der schlesischen Demokratiebewegung vgl. Zum Winkel, A.: Die Stadt Liegnitz seit der Einführung der Städteordnung im Jahre 1809. Liegnitz 1913, Bd. 1, S. 192–216, und Schmidt, W.: Moritz Matthäi (1809–1864). Ein schlesischer Burschenschafter und 1848er Demokrat aus Auras. In: Würzburger medizinhistorische Mitteilungen, Bd. 19 (2000), S. 262–268.

Sekretär des Vorstands.<sup>71</sup> Der Liegnitzer Demokratenverein hatte sich ein radikal-demokratisches Programm gegeben, das der sozialen Frage größte Aufmerksamkeit schenkte und mehrere Forderungen aus dem Revolutionsprogramm des Bundes der Kommunisten direkt übernommen hatte.<sup>72</sup> Er strebte als „Endpunkt“ eine „demokratisch-soziale Republik“ an, zu der die Erziehung der Massen in der zunächst zu errichtenden „demokratisch-konstitutionellen Monarchie“ friedlich hinführen sollte. „Damit aber auch jeder im Volke die ihm zugesicherte politische Freiheit wirklich genießen könne, so müssen durchgreifende Reformen in den sozialen Zuständen vorgenommen werden.“<sup>73</sup>

In einer Artikelserie des Vereinsblatts analysierte Matthäi in einem historischen Überblick „das Verhältnis von Sozialismus zur Demokratie“<sup>74</sup> seit der Französischen Revolution von 1789: Diese Revolution habe zwar der freien Konkurrenz die Bahn geebnet, die Bourgeoisie an die Macht gebracht und dem Einzelnen politische Freiheiten verschafft, aber „noch lange keine menschliche Freiheit“ verwirklicht. Die bürgerliche Freiheit wurde vielmehr, wie die Geschichte demokratischer Staaten wie England, die USA, Belgien und Frankreich ausweise, mit gleichzeitig zunehmender sozialer Unterdrückung verbunden. „Die bürgerliche Freiheit hat ein Proletariat, ein neumodernes Sklaventum geschaffen“, das seine Elendslage zu überwinden bestrebt ist. Das aber führe zu solchen Ausbrüchen wie den „Pariser Blutszenen“, die nur „ein Vorspiel eines allgemeinen Kampfes“ sind<sup>75</sup>. Nicht auf diesem Wege sollte seiner Meinung nach die Befreiung des Proletariats erfolgen; vielmehr seien Organisation der Arbeit und allgemeine Volkserziehung, die er als Sozialismus begreift, „einzig die Brücke, auf welcher der Proletarier, wenn es nicht schon zu spät ist, friedlich in die Gesellschaft gelangen kann“<sup>76</sup>. Bisher habe das Proletariat nur die durch die Revolution gewonnene Pressefreiheit durch Gründung von Arbeiterzeitungen für seine Interessen nutzen und auf diesem Wege Klassenbewusstsein als ein Element der Arbeiterbefreiung fördern können. In weiteren Artikeln verteidigte er erneut das Blancsche Konzept der Organisation der Arbeit und forderte zugleich einen „sozialen Staat, der jedem Arbeitsfähigen die Möglichkeit gibt, sich durch seine Arbeitskraft den Lebensunterhalt zu verdienen“<sup>77</sup>. R. Matthäi nahm mit diesen Beiträgen wesentlichen Einfluss auf die sozialen Diskussionen im Liegnitzer Demokratenverein. Zugleich korrespondierte er zwischen Sommer 1848 und Frühjahr 1849 für die „Neue Rheinische Zeitung“ mit Berichten über die politische Situation in Liegnitz.<sup>78</sup>

71 Vgl. Demokrat, Nr. 4 (1848), S. 40.

72 Vgl. Die Aufgabe der Demokraten. In: Demokrat, Probeblatt (1848), S. 1–4.

73 Ebenda, S. 2.

74 Vgl. Matthäi, R.: Das Verhältnis von Sozialismus zur Demokratie. In: Demokrat, Nr. 1 (1848), S. 9–11, Nr. 2 (1848), S. 17–20, Nr. 3 (1848), S. 26–27, Nr. 4 (1848), S. 33–34.

75 Ebenda, Nr. 2 (1848), S. 18.

76 Ebenda.

77 Matthäi, R.: Über die Garantie der Arbeit und die Pariser Nationalwerkstätten. In: Demokrat, Nr. 10 (1848), S. 82f.

78 Vgl. Marx, K.; Engels, F.: Gesamtausgabe (MEGA<sup>2</sup>). Bd. III/3. Berlin 1981, S. 330 und 1099.

Als im Winter 1848/49 die Konterrevolution in Preußen wieder voll zum Zuge kam, stand R. Matthäis berufliche Existenz auf dem Spiel. Wegen seines demokratischen Engagements waren bereits disziplinarische Maßnahmen gegen ihn eingeleitet worden.<sup>79</sup> Er konnte ihnen nur dadurch entgehen, dass er eine Kündigung im Februar sofort bedingungslos annahm. Gymnasien blieben ihm bei seiner Suche nach einer neuen Arbeit fortan verschlossen. Erst im Oktober 1850 gelang es ihm, eine Arbeitsstelle an einer Realschule in Landeshut zu erhalten; erst 1853 konnte er sich an der soeben gegründeten Grünberger Realschule fest etablieren.

Mit der Niederlage der Revolution endete R. Matthäis Einsatz auf dem Felde der Politik und auch seine sozial-politische Publizistik, die sein Leben seit 1843 wesentlich bestimmt hatte. Um Beruf und Einkommen nicht zu verlieren, zog er sich ganz aus der Politik zurück. Nach 1849 findet sich sein Name nicht mehr unter den schlesischen Demokraten. Die Arbeit in einer schlesischen Kleinstadt, in der – anders als in Großstädten wie Breslau – jede soziale Basis und aller Spielraum für ein politisches Engagement ebenso gänzlich fehlten wie auch politische Gesinnungsgefährten, die ihm einen gewissen Rückhalt geben konnten, ließ kaum eine andere Wahl. Wollte er nicht in die Emigration gehen, musste er sich den herrschenden Verhältnissen mehr oder weniger anpassen.

Er wurde preußischer Schulmeister und machte als solcher eine bescheidene Karriere.<sup>80</sup> Ganz vergessen hatte man seine frühere politische Tätigkeit offenbar nicht, wenn auch die Akten darüber nichts aussagen. Zwei Jahrzehnte – von 1853 bis 1873 – musste er sich mit dem Amt eines dritten Oberlehrers an der Grünberger Realschule begnügen. Erst danach kam ein Karrieresprung, den vor allem der Grünberger Magistrat, dem die Schule unterstellt war, in Szene setzte. Nun wurde er zum ersten Oberlehrer befördert und ins Amt des Prorektors der Schule eingesetzt. Ehrungen blieben jetzt nicht mehr aus. Anlässlich des 25. Jahrestages seines Eintritts in die Schule veranstaltete man ihm zu Ehren einen Fackelzug. 1883 durfte er für ein halbes Jahr sogar kommissarischer Direktor sein; und ein Jahr darauf verlieh man ihm den Professorentitel. Veröffentlicht hat er in diesen Jahrzehnten ausschließlich Artikel und Broschüren für den Schulunterricht in Geschichte und Geographie. Als er am 24. Mai 1889 an den Folgen eines Unfalls starb, gehörte er zu den Honoratioren von Grünberg, der im evangelischen Kirchenrat ebenso vertreten war wie im Gewerbe- und Gartenbauverein, dessen Geschichte er gerade noch vorgelegt hatte. Der Rektor würdigte ihn bei der Trauerfeier als einen „von inniger Liebe zu Kaiser und Reich erfüllten Patrioten“. Von seinen Jugendsünden aus den vierziger Jahren war keine Rede

79 Vgl. hierzu Bericht des Breslauer Schulkollegiums an das Kultusministerium, 07.02.1849. In: GStAPK, I. HA Rep. 76–VI Sekt. 9z Nr. 12, Bd. 4; ferner: Silesia. Zeitschrift für Kunst, Wissenschaft und Leben (Liegnitz), 05.01.1849, S. 1–2.

80 Vgl. dazu v. a. die Grünberger Schulprogramme von 1854 bis 1890 sowie die Akten des preußischen Kultusministeriums zur Grünberger Realschule, die 1882 in ein Realgymnasium umgewandelt wurde: GStAPK, I. HA Rep. 76–VI Sekt. 9z Nr. 2: Das Realgymnasium zu Grünberg; ferner Schmidt, W.: Rudolph Matthäi (1818–1889). Ein Vormärz-Sozialist und achtundvierziger sozialer Demokrat in Schlesien. In: Bleiber, H.; Schmidt, W.; Schötz, S. (Hg.): Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49. Bd. 2. Berlin 2007, S. 360–365.

mehr. Und Matthäi selbst wäre sicher daran auch nicht interessiert gewesen. Über seine politische Haltung in den Jahrzehnten nach der Revolution besteht kein Zweifel. Er hatte mit seiner demokratischen und sozialistischen Vergangenheit gebrochen und sich den politischen Bedingungen seiner Zeit angepasst.

## 8.2 Die Karriere des Ludwig Matthäi. Vom 1848er demokratischen Parlamentarier in Berlin zum nachmärzlichen Rechtsanwalt in Rawitsch

Ludwig Matthäi, seit 1846 Bürgermeister in Lauban, schaltete sich mit Ausbruch der Märzrevolution sofort in die sich formierende demokratische Bewegung seiner Stadt ein. Er war wahrscheinlich Wahlmann bei den Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung und zur preußischen verfassungsgebenden Versammlung in Berlin und gehörte von Anfang an dem im Mai 1848 gegründeten Laubaner „Verein für eine volksthümliche Verfassung“ an, der sich ein gemäßigt demokratisches Programm gab.<sup>81</sup> Im September 1848 erklärte der Verein immerhin seine Übereinstimmung mit dem Breslauer demokratisch-konstitutionellen Klub, strikt festzuhalten an einer „volkstümlichen Konstitution für den preußischen Volksstamm, und eine republikanische Verfassung für Deutschland im Gegensatz zu einem deutschen Kaisertum zu erzielen“<sup>82</sup>. Der Verein trat für die Trennung von Kirche und Staat und für die Einführung einer staatlichen Volksschule ein. Als der bisherige Vorsitzende als gewählter Stellvertreter eines zurückgetretenen Abgeordneten nach Berlin berufen wurde, übernahm Ludwig Matthäi von Mitte Juli 1848 bis in die letzte Augustdekade sogar den Vereinsvorsitz.<sup>83</sup>

Inzwischen aber war er selbst in einer Nachwahl als Nachfolger für den zurückgetretenen Laubaner Abgeordneten gewählt worden.<sup>84</sup> Ende August 1848 trat er das Mandat in der Berliner Versammlung an,<sup>85</sup> das er bis zu deren Auflösung am 5. Dezember 1848 ausübte.<sup>86</sup> Bei allen Abstimmungen in den Monaten September bis November – von denen zum Bürgerwehrgesetzentwurf bis zu den Beschlüssen zur Verfassung – stand

81 Zum Laubaner Demokratenverein 1848 vgl. vor allem den Bericht der Regierung Liegnitz an das Innenministerium vom 09.02.1857. In: GStAPK, I. HA Rep. 77 Tit. 3042, Nr. 2, Bd. 1: Die Verwaltung der Communal-Angelegenheiten in der Stadt Lauban 1820–1893.

82 Ebenda

83 Vgl. ebenda.

84 Vgl. Schmidt, W.: Die schlesischen Wahlkreise für die Wahlen zur preußischen Konstituante und die gewählten Abgeordneten und Stellvertreter. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, H. 3/2004, S. 53.

85 Vgl. Verhandlung der Wahlprüfungskommission vom 30.08.1848. In: GStAPK, I. HA Rep. 169 B 4 Nr. 21: Die Prüfung der Wahlen der Abgeordneten und Stellvertreter.

86 Vgl. Verhandlungen für die constituirende Versammlung für Preußen 1848, Berlin 1848, Bd. 8, S. 5488.

er fest auf Seiten der entschiedenen Linken.<sup>87</sup> Im reaktionären „schwarzen Buch der aufgelösten Preußischen Nationalversammlung“ von Dezember 1848 heißt es über ihn: „Matthäi; Bürgermeister(?), spät eingetreten, stimmte für die Anträge von Stein und Rodbertus [...], für die Souverainetät der Versammlung, für die Abschaffung des Adels und der Orden und hat die Aufruhrproklamation unterzeichnet.“<sup>88</sup> In der Diskussion um die Abschaffung des Adels am 30. Oktober schaltete er sich mit dem Zusatzantrag ein, den Gebrauch adliger Titel und Prädikate in öffentlichen Urkunden zu untersagen.<sup>89</sup>

Als die Konterrevolution Anfang November mit der Einsetzung des Ministeriums Brandenburg den Staatstreich inszenierte und die Vertagung und Verlegung der Konstituante befahl, gehörte Ludwig Matthäi zur großen Mehrheit der Abgeordneten, die sich dem widersetzen, weiter tagten und am 15. November den historischen Beschluss über die Steuerverweigerung fassten. Er übermittelte diesen nach Lauban, der dort im Demokratenverein, der sich in voller Übereinstimmung mit der Konstituante erklärte, wie im Magistrat auf ein positives Echo stieß.<sup>90</sup> Der Magistrat hatte Steuerboykott beschlossen und lieferte, hart bedrängt, schließlich nur unter Protest die Steuerbeiträge an die königliche Kasse.<sup>91</sup> Matthäi war in dieser Zeit gewähltes Mitglied der parlamentarischen Petitionskommission, die die Sympathieadressen für die Nationalversammlung und die Proteste gegen den Staatstreich zusammenstellte und publizierte. Wegen seines Eintretens für die Steuerverweigerung wurde später gegen ihn ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, jedoch keine Anklage erhoben.<sup>92</sup>

Nach der Oktroyierung der Verfassung und der Ausrufung neuer Wahlen zu einer zweiten preußischen Kammer erklärte er sich im Januar 1849 erneut zu einer Kandidatur bereit und führte im Wahlkreis Lauban-Görlitz einen engagierten Wahlkampf,

87 Vgl. Verhandlungen der Versammlung zur Vereinbarung der Preußischen Staatsverfassung. Berlin 1848, Bd. 1, S. 664; Bd. 2, S. 697, 715; Conduitenliste aller Abgeordneten zu Berlin (September 1848), S. 8. In: GStAPK, IV HA NL Nibour A IV, Bl. 149v.; Schmidt, W.: Biographisches Verzeichnis sämtlicher schlesischer Abgeordneter der Berliner Verfassungsgebenden Versammlung von 1848. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, H. 3/2004, S. 81.

88 Das Schwarze Buch der aufgelösten Preußischen Nationalversammlung. Ein Warnungsspiegel für preußische Wahlmänner. Berlin Dezember 1848, S. 41; die Proklamation vom 27. November 1848 (S. 9–15) war natürlich kein Aufruf zum Aufruhr, wohl aber eine Verteidigung der Handlungsweise des Parlaments bis zum Steuerverweigerungsbeschluss als der „letzten Waffe“ gegen das „des Hochverraths angeklagte Ministerium“; vgl. auch Conduitenliste. Tabellarische Uebersicht über die wichtigsten namentlichen Abstimmungen der ersten preußischen Nationalversammlung. Ein Wegweiser bei den bevorstehenden Wahlen. Berlin 1848.

89 Vgl. Verhandlungen der Versammlung zur Vereinbarung der Preußischen Staatsverfassung. Berlin 1848, Bd. 3, S. 271–181, ferner Bd. 2, S. 151f., 163, 518.

90 Vgl. Regierung Liegnitz an Innenministerium, 09.02.1857. In: GStAPK, I. HA Rep. 77 Tit. 3042, Nr. 2, Bd. 1.

91 Vgl. Politische Zustände im hiesigen Regierungsbezirk, Liegnitz, 29.11.1848. In: GStAPK, I. HA Rep. 77 Tit. 507 Nr. 3 Bd. 3, Bl. 4f.

92 Vgl. Staatsanwalt Lauban an Oberstaatsanwalt des Kammergerichts, 19.10.1850, In: GStAPK, I. HA Rep. 97 Xa Gen. 1/1, Bl. 278f.

der ihm wieder ein Abgeordnetenmandat einbrachte.<sup>93</sup> Der Kreis Lauban war in dieser Zeit eine Hochburg der Linken. Zwölf von 20 neugewählten Abgeordneten vertraten linke Positionen.<sup>94</sup> Der von Matthäi initiierte und unterstützte Wahlaufbruch des Laubaner Komitees für volkstümliche Wahlen vom 5. Januar 1849<sup>95</sup> führte den Hauptstoß gegen das Ministerium Brandenburg, während die Krone aus taktischen Gründen auffallend geschont wurde. Man wolle „das Königtum aufrecht erhalten wissen, aber zugleich die Freiheit des Volkes, wir wollen nicht das absolute Königtum, wo das Volk dem König willenlos folgt, sondern ein auf einer volkstümlichen Verfassung ruhendes Königtum, wo der König mit dem Volke geht“. Entschiedene Ablehnung erfuhr hingegen die oktroyierte Verfassung. Die Laubaner Demokraten forderten Gleichberechtigung aller, Selbständigkeit der Gemeinden, eine freisinnige Kreis- und Bezirksordnung, „die Befreiung des Grundeigentums von den darauf ruhenden Lasten und Beschränkungen“, gerechte gleichmäßige Besteuerung und vor allem entscheidenden Einfluss der Volksvertretung auf Verwaltung und Regierung. In der Zweiten Kammer schloss sich Matthäi wieder der Linken an. Er wurde Anfang März zum Berichterstatter in der Wahlprüfungskommission gewählt.<sup>96</sup> Anfang April 1849 berichtete er mit einem Flugblatt seinen Wählern über den Stand der parlamentarischen Auseinandersetzungen.<sup>97</sup> Er wandte sich gegen die von der Rechten geforderte Adressdebatte, weil damit durch Erklärung der Rechtsgültigkeit der oktroyierten Verfassung nur vollendete Tatsachen im Sinne der Reaktion geschaffen werden sollten. Er glaubte indes, mit kleinen Schritten Fortschritt und Freiheit durchsetzen zu können, und hoffte noch auf eine Annahme der von der Frankfurter Nationalversammlung angebotenen Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm IV., hatte aber schon große Zweifel daran.

Nach der Auflösung der Zweiten Kammer am 27. April 1849 infolge deren im Gegensatz zur Auffassung der Regierung stehenden Forderung, die Reichsverfassung auch in Preußen anzunehmen, nahm er wieder die Geschäfte als Bürgermeister auf, beteiligte sich aber zugleich engagiert an den demokratischen Bestrebungen in Lauban. Er wirkte im Volkstümlichen Verein und stimmte Anfang Juni 1849 einem Antrag des Vereins auf sofortige Anerkennung der Reichsverfassung durch Preußen zu.<sup>98</sup>

Der preußischen Konterrevolution war Ludwig Matthäi seit langem ein Dorn im Auge. Doch musste sie zunächst Rücksicht auf den Rückhalt nehmen, den er in der mehrheitlich demokratisch gesinnten Bürgerschaft Laubans hatte. Erst nachdem ihre

93 Vgl. Stenographische Berichte über die Verhandlungen der durch das Allerhöchste Patent vom 5. Dezember 1848 einberufenen Kammern. Zweite Kammer. Von der Eröffnung am 26. Februar bis zur Auflösung der 37. Sitzung am 27. April 1848, Berlin 1849, S. XXII; GStAPK. I. HA Rep. 77 Tit. 496a Nr. 18 adhib 2, Bl. 51.

94 Vgl. ebenda, Bl. 52, 113f.

95 Vgl. Landsleute, Lauban, 5. Januar 1849. In: GStAPK, I. HA Rep. 77 Tit. 507 Nr. 3, Bd. 3, Bl. 19.

96 Vgl. Stenographische Berichte, Zweite Kammer, S. 26–28.

97 Vgl. An meine Wähler, Matthäi, Lauban, 1. April 1849. In: GStAPK, I. HA Rep. 77 Tit. 507 Nr. 3, Bd. 3, Bl. 88.

98 Vgl. Bericht über die politischen Zustände, Liegnitz 11.06.1849. In: GStAPK, I. HA Rep. 77 Tit. 507 Nr. 3 Bd. 3, Bl. 190.

Positionen gefestigt waren und keine dramatischen Reaktionen unter der Bevölkerung mehr zu erwarten waren, holte sie zum Gegenschlag aus und nahm Rache an dem beliebten Bürgermeister. Nachdem er 1851 von der großen Mehrheit der wahlberechtigten Laubaner wieder zum Bürgermeister gewählt worden war, verweigerte die Liegnitzer Regierung, vom Berliner Innenministerium unterstützt, dem demokratisch gewählten Kommunalbeamten ihre Bestätigung. Damit war er erneut unter Berufsverbot gestellt; selbst als Kommunalbeamter war er für die preußische Reaktion nicht mehr tragbar.

Er musste sich, um den Lebensunterhalt zu sichern, nach einer anderen Arbeit umsehen. Als eine Chance erwies sich für den ausgebildeten Juristen die von der Staatsgewalt weniger abhängige Anwaltstätigkeit, in die er nun auswich. Die Zulassung zu einer eigenen Kanzlei, vielleicht sogar in Schlesien, hat er nicht beantragt. Er fand vielmehr Aufnahme als Mitarbeiter in einer Berliner Anwaltskanzlei.<sup>99</sup> Hier arbeitete er bis zum Ende der fünfziger Jahre. Eine politische Tätigkeit Ludwig Matthäis in der preußischen Kapitale während der Reaktionsperiode ließ sich nicht nachweisen. Damit war auch der zweite der Matthäi-Brüder von der herrschenden Reaktion aus dem politischen Leben ausgeschaltet.

1859/60 machte sich Ludwig Matthäi schließlich selbständig. Er übernahm eine Anwaltskanzlei in Rawitsch/Provinz Posen, wurde Rechtsanwalt und Notar beim Landgericht in Lissa bzw. in Posen, die er nachweislich bis 1893 betrieb.<sup>100</sup> 1874 wurde er zum Justizrat ernannt und seitdem wiederholt als Mitglied in den Ehrenrat der Rechtsanwälte und Notare beim Appellationsgericht zu Posen gewählt. Über seine politische Haltung schweigen sich die wenigen Quellen völlig aus. Ob er in der Konfliktzeit der 1860er Jahre nochmals politisch oppositionell hervorgetreten ist, wie er sich zur Reichsgründung stellte und sich im Kaiserreich politisch positionierte, muss offen bleiben. Es ist natürlich nicht ausgeschlossen, dass er – im Kontakt mit seinem Bruder Ewald – zur Fortschrittspartei und später zu den Nationalliberalen gehalten und auch so gewählt hat. Seinen Frieden mit dem neugegründeten Deutschen Reich hat er – wie viele alte Burschenschaftler, die in der Einigung Deutschlands ja die Erfüllung ihres Jugendideals sahen – sicherlich gemacht. Ludwig Matthäi, der zuerst Geborene, überlebte seine Brüder. 1893 ist er in den Ruhestand getreten.<sup>101</sup>

99 Die Information über Ludwig Matthäis Eintritt in eine Berliner Anwaltskanzlei enthält nur Haunfelder, B.: Biographisches Handbuch für das Preußische Abgeordnetenhaus 1848–1867. Düsseldorf 1994, S. 172; laut Haunfelders telefonischer Auskunft vom 10.08.2006 – auf meine Anfrage nach der Quelle für diese Angabe wie für das Sterbedatum Ludwig Matthäis – war von der „Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien“ festgelegt worden, dass für die Kurzbiographien der Abgeordneten keine Quellen anzugeben sind. Er kann sich daher heute nicht mehr erinnern, worauf seine Angaben zu Matthäis Tätigkeit wie zu seinem Sterbedatum beruhen. Das Berliner Adressbuch verzeichnet Matthäi in diesen Jahren allerdings nicht. Wahrscheinlich hat er außerhalb Berlins und Charlottenburgs oder aber in Berlin nur zur Untermiete gewohnt.

100 Vgl. Handbuch über den Königlich Preußischen Hof und Staat 1857–1898.

101 Seit 1894 wird er im Preußischen Handbuch nicht mehr aufgeführt; auch der „Terminkalender für Deutsche Rechtsanwälte und Notare“ verzeichnet ihn 1893 letztmalig als Mitglied des Anwaltsvereins und Rawitscher Rechtsanwalt; leider informiert der Terminkalender nicht über das Ableben von Anwaltsvereinsmitgliedern.

Er wurde 84 Jahre alt und starb als angesehener Rechtsanwalt im Ruhestand am 16. März 1897 in Rawitsch.<sup>102</sup>

### 8.3 Ewald Matthäi. Der Weg eines demokratisch engagierten Journalisten von 1848 zum nationalliberalen politischen Hauptredakteur der Berliner „Nationalzeitung“

Während für den ältesten und den jüngsten Matthäi der Eintritt in die politische Öffentlichkeit nachweislich bereits im Vormärz erfolgt war, in der Revolution ihr politisches Engagement seinen Höhepunkt erlebte und sie nach dem Sieg der Konterrevolution von der politischen Bildfläche wieder verschwanden, Rudolph bereits 1849, Ludwig spätestens 1851, kam der mittlere Matthäi offenbar erst mit dem Märzsieg von 1848 aufs politische Feld. Er hat dann aber in den folgenden Jahrzehnten der Ära des Otto Theodor Freiherr von Manteuffel (und der „Revolution von oben“) an führender Position des deutschen Journalismus, freilich mehr im Hintergrund wirkend als im Rampenlicht stehend, den Weg des sich politisch engagierenden deutschen Bürgertums vom gemäßigten Demokratismus und linken Liberalismus von 1848 über die zaghafte Fortschrittsoption der frühen sechziger Jahre gegen Otto Eduard Leopold Bismarck bis zur nationalliberalen Unterwerfung und Unterstützung der Bismarckschen Reichsgründung als ein politisch leitender Journalist begleitet und mitgestaltet.

1848 wird erstmals ein „E. Matthäi“ im Berliner Adressbuch als „Candidat der Philologie“ in der Kirchstraße 9 wohnend verzeichnet.<sup>103</sup> Obwohl bis 1864 dort kein E. Matthäi mehr auftaucht,<sup>104</sup> spricht vieles dafür, dass Ewald Matthäi im Revolutionsjahr bereits in Berlin lebte. Von 1864 bis 1872 ist E. Matthäi als Redakteur, zuletzt als Redakteur der „National-Zeitung“, 1872 sogar mit Dokortitel verzeichnet. Er wohnte die ganze Zeit in der Leipziger Straße 35.<sup>105</sup> Wann er aus Schlesien, aus Klein-Gandau bei Breslau, in die preußische Hauptstadt übergesiedelt ist, lässt sich wegen fehlender Quellen nicht feststellen.

Auf Ewalds Anwesenheit in Berlin deutet zunächst hin, dass ein Hr. Matthäi Mitglied des Berliner Politischen Klubs von 1848 war.<sup>106</sup> In den Klubausschreibungen um die Haltung zu der geplanten Demonstration für direktes Wahlrecht trat er am 20. April 1848 gegen die massive Kritik von Gustav Adolph Schlöffel auf, das

102 So Haunfelder, B.: Biographisches Handbuch für das Preußische Abgeordnetenhaus 1848–1867. Düsseldorf 1994, S. 172.

103 Vgl. Berliner Adreßbuch 1848.

104 Zwischen 1849 und 1863 tauchen weder ein E. noch ein L. Matthäi, der nachweislich seit 1853 in einer Berliner Anwaltskanzlei tätig war, im Berliner Adressbuch auf; dass Ewald Matthäi bereits seit Anfang der fünfziger Jahre leitend in der Redaktion wirkte, ist jedoch belegt. Es ist anzunehmen, dass er wie wohl auch sein Bruder auf einem der nahen so genannten Berliner Dörfer preiswerte Unterkunft gefunden hatte.

105 Vgl. Berliner Adreßbuch 1864–1872; seit 1873 wird er nicht mehr vermerkt.

106 Vgl. Wolff, A.: Berliner Revolutionschronik. Darstellung der Berliner Bewegungen im Jahre 1848 nach politischen, socialen und literarischen Beziehungen. Bd. II. Berlin 1852, S. 237.

Ausscheren einer Minorität aus dem Wahlkomitee habe der Partei geschadet. Matthäi stellte Schlöffel frei, ihn durchaus „als einen zu betrachten, der nicht zu seiner Partei gehöre.“ Danach war Matthäi dem Klub schon in der Gründungsphase beigetreten und verfocht hier einen eher gemäßigt-demokratischen Standpunkt. Er wollte es auf eine offene Konfrontation mit dem liberalen preußischen Camphausen-Ministerium nicht ankommen lassen.

Zugleich wissen wir aus späteren Berichten von Gesinnungsgefährten und Arbeitskollegen, dass Ewald Matthäi über Jahrzehnte politischer Redakteur der Berliner „National-Zeitung“ war.<sup>107</sup> Das Blatt erschien bereits seit dem 1. April 1848.<sup>108</sup> Wiewohl sich kein direkter Beleg dafür finden lässt, ist es nicht ausgeschlossen, dass Ewald Matthäi bereits von Beginn an in der neugegründeten Zeitung mitarbeitete. Die Position, die von ihm im Politischen Klub vertreten wurde, stimmte jedenfalls ganz mit der überein, die auch die Zeitung einnahm. Ewald Matthäis Wirken in Berlin schon während der Revolution von 1848/49 wird schließlich bestätigt durch ihm zugeschriebene Artikel im „Laubaner Boten“ und im „Wöchentlichen Anzeiger für die Königliche Kreisstadt Lauban und Umgebung“ im Frühherbst 1849. Der „Literat Matthäi aus Berlin“, so heißt es in Informationen an das Innenministerium, verbreite eine „feindselige Kritik“ über die preußischen Kammern in Berlin.<sup>109</sup> Mit Sicherheit hatte sein Bruder Ludwig als Bürgermeister in Lauban Ewalds Korrespondenzen in die Laubaner Presse vermittelt. Die beiden Brüder waren des öfteren zusammengetroffen, als Ludwig sich als Abgeordneter von Ende August bis Ende November 1848 und von Ende Februar bis Ende April 1849 in der preußischen Kapitale aufhielt.

In der „National-Zeitung“, die – wie alle anderen damaligen Blätter – eine Nennung ihrer Artikel-Autoren zumeist vermied, taucht sein Name nicht auf. Erwähnt findet man da nur den verantwortlichen Chefredakteur der Zeitung Friedrich Zabel,<sup>110</sup> der auch in den ob kritischer Stellungnahmen bald einsetzenden Auseinandersetzungen

107 Vgl. Frenzel, K.: Fünfzig Jahre. In: National-Zeitung, 51. Jg., Nr. 218, 01.04.1898; vgl. auch Salomon, L.: Geschichte des deutschen Zeitungswesens von den ersten Anfängen bis zur Wiedererrichtung des Deutschen Reiches. Bd. 3. Oldenburg/Leipzig 1906, S. 558: Friedrich Zabel „zur Seite stand als speziell politischer Redakteur Ewald Matthäi (geb. 1817, gest. 1886), ein Mann von herber Zähigkeit, der nach außen hin wenig in Erscheinung hervortrat. Früher ebenfalls Theologe, hatte er sich schon in seiner Jugend für die politische Freiheit begeistert und war dann bald zum Journalismus übergegangen. Er gehörte der Redaktion bis 1873 an, in welchem Jahr er in den Ruhestand trat“; ferner Friehe, E. G.: Geschichte der „National-Zeitung“ 1848–1878. Leipzig 1933, S. 203f.: „Er blieb immer hinter den Kulissen und schien trotzdem die Fäden alle in seiner Hand vereinigt zu haben. Dem großen Publikum blieb er unbekannt, und doch waren die Wirkungen seiner Persönlichkeit die nachhaltigsten“.

108 Vgl. zur „National-Zeitung“ v. a. Friehe, E. G.: Geschichte der „National-Zeitung“ 1848–1878. Leipzig 1933; vgl. auch Lotze, W.: Das Feuilleton der „National-Zeitung“ von 1848 bis 1910. Diss. phil. Leipzig 1933; vgl. ferner Salomon, L.: Geschichte des deutschen Zeitungswesens von den ersten Anfängen bis zur Wiedererrichtung des Deutschen Reiches. Bd. 3. Oldenburg/Leipzig 1906, S. 552–558; Heide, W. (Hg.): Handbuch der Zeitungswissenschaft. Bd. 1. Leipzig 1940, S. 191f.

109 Vgl. GSTAPK, I. HA Rep.77 Tit. 507 Nr. 3 Bd. 3, Bl. 255, 304, 312–313v.

110 Zu Zabel vgl. Friehe, E. G.: Geschichte der „National-Zeitung“ 1848–1878. Leipzig 1933, S. 200–203, Salomon, L.: Geschichte des deutschen Zeitungswesens von den ersten Anfängen bis zur Wiedererrichtung des Deutschen Reiches. Bd. 3. Oldenburg/Leipzig 1906, S. 555.

mit Regierungsstellen als Ansprechpartner fungierte.<sup>111</sup> Lediglich Rudolf Haym und der Leitartikler Paalzow haben die Leitartikel mit ihren Namen unterzeichnet.<sup>112</sup> Eine Eigenart Matthäis erschwert zusätzlich, seinen politischen Aktivitäten auf die Spur zu kommen. Wohl aufgrund seiner Erfahrungen aus den Burschenschaftsverfolgungen war er zeitlebens bemüht, nicht aufzufallen oder gar ans Licht der Öffentlichkeit zu gelangen.<sup>113</sup> Karl Frenzel, seit 1862 Feuilletonredakteur der „National-Zeitung“, wusste über Matthäi zu berichten: „Herber und unzugänglicher war der eigentliche politische Leiter der Zeitung, Matthäi, der sich äußerlich völlig zurückhielt, niemals seine Artikel unterzeichnete und dem Publikum darum so gut wie unbekannt geblieben ist. Bedeutende historische Kenntnisse vereinigten sich in ihm mit einem seltenen politischen Scharfblick und einer merkwürdigen Witterung des Kommenden.“<sup>114</sup>

Seit Anfang der fünfziger Jahre gehörte Matthäi der Redaktion der „National-Zeitung“ an und wird sein maßgeblicher Einfluss auf das Blatt sicher bezeugt.<sup>115</sup> Doch spricht manches dafür, dass er schon vorher, in der Revolutionszeit, an dieser Zeitung als Korrespondent mitgearbeitet hat und sich durch die Qualität seiner Artikel für die Aufnahme in die Redaktion empfahl. Die „National-Zeitung“, unmittelbar nach dem Berliner Barrikadensieg am 1. April 1848 aus der Taufe gehoben – angekündigt wurde sie mit einer Programmklärung eines Komitees der „National-Zeitung“ bereits am 22. März 1848<sup>116</sup> –, stellte sich zunächst auf den Boden der Revolution und bezog demokratische Positionen.<sup>117</sup> Sie verstand sich durchaus als politisches Kampforgan einer freilich gemäßigten Demokratie mit fließenden Grenzen zu einem linken Liberalismus. Sie trat gegen eine Permanenzklärung des Vorparlaments auf, lehnte die Republik ab und betrachtete die Verabschiedung einer Verfassung und die konstitutionelle Monarchie als ihr politisches Ziel. Für die republikanischen Aufstände im Frühjahr wie im Herbst 1848 in Baden und in Frankfurt brachte sie keinerlei Verständnis auf. Gefordert

111 Vgl. dazu GStAPK, Rep. 77 Tit. 54a Nr. 10: Herausgabe und Debit der in Berlin erscheinenden Nationalzeitung, Bd. 1: 1849–1876, und Landesarchiv Berlin, Rep. 30 Tit. 95, Sekt. 4, Zeitschriften Nr. 6, Bd. 1–3: Acta des Königlichen Polizei-Präsidii, betreffend die von dem Dr. Rutenberg und Zabel herauszugebende „National-Zeitung“.

112 Vgl. Friehe, E. G.: Geschichte der „National-Zeitung“ 1848–1878. Leipzig 1933, S. 205.

113 Ernst Gerhard Friehe vermerkt: „Daten aus seinem Leben, innere Zusammenhänge seiner Persönlichkeit mit den übrigen Männern der Redaktion können hier nicht angeführt werden, da es dem Verfasser nicht möglich war, die Gestalt Matthäis zu erhellen. Die kurzen Andeutungen müssen daher genügen, um auf das Wirken eines der eigentümlichsten Männer innerhalb des Redaktionsstabes hinzuweisen“ (Friehe, E. G.: Geschichte der „National-Zeitung“ 1848–1878. Leipzig 1933, S. 203f.); Friehe konnte sich nur auf Frenzels Jubiläumsartikel von 1898 stützen.

114 Frenzel, K.: Fünfzig Jahre. In: National-Zeitung, 51. Jg., 01.04.1898.

115 Vgl. Nachruf. In: National-Zeitung, 04.06.1886, Abendausgabe, S. 2. Erstmals in den Quellen taucht Matthäi als einflussreicher Mann in der Redaktion, der unter den liberalen Politikern seiner Zeit wohl bekannt war, in einem Brief Julius Freses an Max Duncker vom 22. September 1854 auf; vgl. Jansen, Chr.: Nach der Revolution 1848/49: Verfolgung, Realpolitik, Nationsbildung. Düsseldorf 2004, S. 352.

116 Vgl. Friehe, E. G.: Geschichte der „National-Zeitung“ 1848–1878. Leipzig 1933, S. 4–9; Wolff, Revolutionschronik, Bd. II, S. 26–28.

117 Vgl. hierzu und zum Folgenden Friehe, E. G.: Geschichte der „National-Zeitung“ 1848–1878. Leipzig 1933, S. 46–69.

hat die Redaktion einen parlamentarisch abgesicherten Volksstaat, ein Volksheer und die strikte Trennung von Staat und Kirche. In der nationalen Frage engagierte sie sich für die kleindeutsche Lösung, redete also von Anfang an der Hegemonie eines freilich liberalisierten Preußens bei der Einigung Deutschlands das Wort. Österreich, das der „National-Zeitung“ wie auch Rußland als Despotie galt, sollte aus dem deutschen Nationsbildungsprozess ausgeschlossen werden. Daher unterstützte sie 1848/49 auch begeistert den ungarischen nationalen Befreiungskrieg. „Die Einheit Deutschlands, an dessen Spitze Preußen, ohne Außerachtlassung des gesamten Volkswillens, unter bewusster Abwehrstellung gegen Österreich“, so lässt sich das nationale Programm der Zeitung zusammenfassen.<sup>118</sup>

In der Revolution sympathisierte die Redaktion mit den liberalen preußischen Nachmärz-Ministerien, verlangte von Hansemann sogar, wirklich demokratisch zu handeln und entschlossen bürgerliche Maßnahmen durchzusetzen. Den konterrevolutionären Staatsstreich vom November 1848 qualifizierte sie als Hochverrat, stellte sich an die Seite der Berliner Verfassungsgebenden Versammlung und verwarf die oktroyierte Verfassung vom 5. Dezember 1848. Es besteht kein Grund zu bezweifeln, dass Ewald Matthäi diese politischen Positionen vorbehaltlos selbst vertreten, ja als Zuständiger für die politischen Leitartikel des Blatts dieses politische Konzept maßgeblich entwickelt hat.

Nach seinem Eintritt in die Redaktion um 1850 wurde er rasch zum führenden Kopf, der klare politische Konzepte zu entwickeln und durchzusetzen verstand. Er war seitdem „neben Friedrich Zabel der politische Leiter und Führer des Blattes“<sup>119</sup>. Nach Einführung des Dreiklassenwahlrechts rief die Zeitung im Verein mit allen Demokraten zum Wahlboykott auf, den sie erst zu Beginn der Neuen Ära widerrief. Scharf attackierte sie in dieser Zeit das Ministerium des Friedrich Wilhelm Graf von Brandenburg und danach das Manteuffelsche. Die Zeitung musste daher zahlreiche Verbote und andere Repressionen hinnehmen.<sup>120</sup> Matthäi stand in diesen Kämpfen gegen die Reaktion seinen Mann: „Die Ideale seiner Jugend, die Freiheit und die Einheit des Vaterlandes, vertheidigte er in nie nachlassendem Kampfe: ungebrochen wie sein Wesen war seine Feder, die mehr als einmal, als es in den fünfziger Jahren um Leib und Leben unserer Zeitung ging, gegen die anstürmende Reaktion in seiner Hand zum schneidigen Schwerte wurde. Mit außerordentlichem Geschick wußte er in den Übersichten an der Spitze der Abendnummern die Ereignisse zusammenzufassen und von liberalem Gesichtspunkt aus zu erläutern.“<sup>121</sup>

Im Krimkrieg stand das Blatt seiner Russophobie entsprechend auf Seiten der Türken und verlangte, dass sich Preußen und Deutschland neutral verhalten. Die „National-Zeitung“ verfolgte damit auf außenpolitischem Felde im Grunde das Konzept der preußischen Regierung und glänzte mit „minist[er]iellen“ Artikeln“, was die

118 Vgl. ebenda, S. 58.

119 Nachruf. In: National-Zeitung, 04.06.1886, Abendausgabe, S. 2.

120 Vgl. Friehe, E. G.: Geschichte der „National-Zeitung“ 1848–1878. Leipzig 1933, S. 25–40.

121 Nachruf. In: National-Zeitung, 04.06.1886, Abendausgabe, S. 2.

Gothaer Liberalen, die für ein Zusammengehen Preußens mit Großbritannien gegen Russland eintraten, zu einer freilich immer wieder unterdrückten Kritik veranlasste.<sup>122</sup> Als im Frühherbst 1854 der Leitartikler Paalzow „links gewiegelt“ hat, also in dieser außenpolitischen Frage gegen die offizielle Regierungspolitik Front machte, war der Chefredakteur Zabel, wie Julius Frese an Franz Duncker zu berichten wusste, nicht nur „heftig erschreckt“, sondern wurde auch der „ehrliche Matthäi [...] wüthend und hat das Zabel nicht verhehlt“<sup>123</sup>.

Geteilt hat Ewald Matthäi dann auch die großen illusionären Hoffnungen der Liberalen auf die Neue Ära; die Entlassung Manteuffels erschien ihm bereits als Bruch mit der Reaktion. Voller Enthusiasmus wurden die Schillerfeiern von 1859 mitgefeiert.<sup>124</sup> Außenpolitisch agitierte das Blatt 1859 – schon aus traditioneller Feindschaft gegenüber Österreich und im Interesse einer Einigung Deutschlands durch Preußen – für die nationalen Freiheitsbestrebungen der Italiener und ihren Krieg gegen Österreich, feierte Camillo Benso Cavour und sogar Guiseppe Garibaldi, distanzierte sich gleichwohl von den revolutionären Elementen in der italienischen Nationalbewegung und befürwortete sogar die Intervention Napoléons III. in Italien. Diese spezifische pro-italienische Linie, die auch die französische Intervention in Kauf nahm, hat Matthäi gegen die Sicht des alten Achtundvierzigers und berühmten Londoner Korrespondenten der „National-Zeitung“ Lothar Bucher<sup>125</sup> mit aller Entschlossenheit durchgesetzt.

In diese pro-französische außenpolitische Konzeption der „National-Zeitung“ ordnen sich auch die faktische Unterstützung der probonapartistischen Agitation Carl Vogts durch die Redaktion und ihre verleumderischen Angriffe gegen Marx zu Beginn der sechziger Jahre ein.<sup>126</sup> Ende Januar 1860 veröffentlichte das Blatt zwei anonyme Artikel, deren Autorschaft Zabel zugeschrieben wurde, in denen die Partei Karl Marx’ bezichtigt wurde, von London aus Verschwörungen für die Diktatur des Proletariats anzuzetteln. Die Redaktion stand Carl Vogt und seiner Propaganda für Louis Bonaparte

122 Vgl. hierzu Julius Frese an Max Duncker, 22. September 1854. In: Jansen, Chr.: Nach der Revolution 1848/49: Verfolgung, Realpolitik, Nationsbildung. Düsseldorf 2004, S. 350–352.

123 Ebenda, S. 352.

124 Vgl. hierzu und zum Folgenden Friehe, E. G.: Geschichte der „National-Zeitung“ 1848–1878. Leipzig 1933, S. 100–128.

125 Zu Bucher vgl. Gebauer, F.: Lothar Bucher – Vom Steuerverweigerer zum Mitarbeiter Bismarcks. Berlin 1988, S. 175f. (Studien zur Geschichte. Akademie der Wissenschaften der DDR. Zentralinstitut für Geschichte, Bd. 11).

126 Vgl. hierzu Dlubek, R.: Marx’ Hinwendung zu Berlin 1858–1860/61. In: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge 2006, S. 259–265; Helmholtz, G.: Über Zielstellung, Verlauf und Ergebnisse der Prozessbemühungen von Marx gegen die Berliner „National-Zeitung“ 1860. In: Arbeitsblätter zur Marx-Engels-Forschung, H. 2/1976, S. 57–73; Marx, K.; Engels, F.: Gesamtausgabe (MEGA<sup>2</sup>), Bd. I/18. Berlin 1984, S. 665–682; Bd. III/10. Berlin 2000, S. 619–628, u. Bd. III/11. Berlin 2005, S. 660–667, 693–697; Grandjonc, J.; Pelger, H.: Les implications de l’affaire Marx-Vogt. In: Opon, J.-C.; Bui, D.; Dubosson, F.; Lacki, J. (Hg.): Carl Vogt (1817–1895). Science, philosophie et politique. Chêne-Bourg 1998, S. 67–92; Vogt verteidigend hingegen Jansen, Chr.: Politischer Streit mit harten Bandagen. Zur brieflichen Kommunikation unter den emigrierten Achtundvierzigern – unter besonderer Berücksichtigung der Kontroverse zwischen Marx und Vogt. In: Herres, J.; Neuhaus, M.: Politische Netzwerke durch Briefkommunikation. Briefkultur der politischen Oppositionsbewegungen und frühen Arbeiterbewegungen im 19. Jahrhundert. Berlin 2002, S. 27–47.

um so mehr bei, als sie auf diese Weise indirekt Front gegen entschieden demokratische Kräfte machen und deren Einfluss auf Deutschland minimieren konnte. Den Männern um Zabel war Marx' entschieden antibonapartistische wie antirussische Haltung durchaus bewusst; auch war ihnen die wiederholte Kritik Marx' an der zaghaften Haltung der „National-Zeitung“ gegenüber der preußischen Regierung nicht unbekannt geblieben. Des stillschweigenden Wohlwollens der preußischen Regierung, deren außenpolitische Linie sie de facto verfolgte, konnte die Redaktion in diesem Punkte allerdings gewiss sein. Verlauf und Ergebnis des von Marx gegen die „National-Zeitung“ angestrebten Prozesses, die Ablehnung sowohl einer offiziellen Klage als auch einer Privatklage gegen das Blatt wegen Verleumdung durch die preußische Justiz legen dafür beredtes Zeugnis ab. Da Matthäi zu diesem Zeitpunkt bereits als der politische spiritus rector der „National-Zeitung“ galt, kann nicht ausgeschlossen werden, dass die beiden Artikel gegen Marx und die Kommunisten von Matthäi inspiriert waren.

Die innen- wie außenpolitischen Leitartikel der „National-Zeitung“ waren von der Mitte der fünfziger bis zum Beginn der siebziger Jahre in ihrem konzeptionellen Gehalt durchweg das Werk Matthäis. Sie erschienen freilich sämtlich unsigniert und waren sogar zumeist von einem anderen Mitarbeiter der Redaktion, von Alfred Boretius ausformuliert worden: „In der Krisis des Jahres 1859, als Lothar Bucher sich so scharf und entschieden gegen das Vorgehen Napoleons in Italien erklärte, hat Matthäi die entgegengesetzte Politik und die Verteidigung der italienischen Einheitsbestrebungen in der ‚National-Zeitung‘ durchgesetzt“, berichtet Frenzel: „Durch die Ruhe und Bestimmtheit seines Wesens, dem in der Noth auch das grobianische Wort zur Verfügung stand, übte er einen starken Einfluss auf Boretius aus, der seit dem Tode des Assessors Paalzow länger als zwanzig Jahre hindurch die Mehrzahl der Leitartikel schrieb. Sein reiches, mannigfaltiges Wissen befähigte Boretius zu diesem Amte. In der Darlegung geschichtlicher Entwicklungen, in der klaren und scharfsinnigen Auseinandersetzung verwickelter Verhältnisse hat er oft in der knappen Form eines Leitartikels ein kleines Meisterstück geliefert. Aber er bedurfte der Lenkung seines Urtheils und seiner Gedanken, auch wegen seiner Nervosität und seiner Abhängigkeit von den Eindrücken des Augenblicks, eines Mentors, der ihm scheinbar die volle Freiheit ließ. Diese Rolle hat Matthäi ihm gegenüber virtuos durchgeführt: sie pflegten zusammen, unverheirathet wie sie waren, Nachmittags einen Spaziergang durch den Thiergarten zu machen und im eifrigen Gespräch die Tagesereignisse zu erörtern. Boretius verfügte über die Thatsachen, Matthäi über die Eingebung und den glücklichen Einfall.“<sup>127</sup>

Auch der signifikante politische Haltungswandel, den die „National-Zeitung“ in den sechziger Jahren schrittweise vollzog, ist von Matthäi wesentlich mitgestaltet worden. Nach Gründung der Fortschrittspartei 1861 voll auf diese Partei fixiert, die ihr auch einen gewissen organisatorischen Rückhalt verschaffte, hielt die Redaktion in der preußischen Konfliktzeit nach wie vor am Ziel einer deutschen Einigung unter Führung eines liberal konstituierten Preußen fest. Sie bekämpfte, noch immer für ein

127 Frenzel, K.: Fünfzig Jahre. In: National-Zeitung, 51. Jg., Nr. 218, 01.04.1898.

Volksheer plädierend, die Roonsche Heeresreform und dann auch den Verfassungsbruch Bismarcks, der dem Ideal eines immer noch angestrebten parlamentarisch-demokratischen Systems total widersprach. Erst mit den siegreichen Kriegen gegen Dänemark um Schleswig-Holstein 1864 und gegen Österreich 1866 bahnte sich eine grundlegende Veränderung des politischen Konzepts der Zeitung an, woran Matthäi mit Sicherheit führend beteiligt war. Der erfolgreiche Kriegsverlauf führte in beiden Fällen dahin, dass man sich mit den Resultaten zu identifizieren begann. Da die Zeitung schon seit längerem eine militärische Auseinandersetzung mit Österreich für unvermeidlich gehalten hatte, begrüßte sie vorbehaltlos Bismarcks Politik, Österreich aus der deutschen Politik auszuschalten, wie die Bildung des Norddeutschen Bundes unter Preußens Führung als einen wichtigen Schritt zur deutschen Einheit.

Mit der Mehrheit der preußischen Liberalen vollendete auch die „National-Zeitung“ nach der Indemnitätserklärung von 1867 den Übergang auf die Positionen Bismarcks. Sie brach mit der Fortschrittspartei und wurde entschieden nationalliberal.<sup>128</sup> Vorbehaltlos akzeptiert wurden nicht nur der Norddeutsche Bund, sondern auch die Annexionen Bismarcks in Deutschland. Kritik an Bismarck fand nicht mehr statt. Energisch wurde fortan für einen Anschluss der süddeutschen Staaten und die Konstituierung eines einigen deutschen Reiches agitiert. Bei Kriegsausbruch im Frühherbst 1870 rief das Blatt mit Begeisterung zu den Waffen. Gegen die Beschießung von Paris hatte man nichts einzuwenden. Die Annexion Elsaß-Lothringens wurde als Rückgabe dereinst geraubten deutschen Landes historisch legitimiert und die Zahlung der französischen Kontribution absolut gerechtfertigt. Die Verfassung von 1871 wurde in den Grundzügen gebilligt, von Volksstaat war keine Rede mehr: „Man war ‚gouvernemental‘ geworden.“<sup>129</sup>

Aus dem Organ, das sich 1848 für die Bildung eines parlamentarisch-demokratischen Volksstaats eingesetzt hatte, war mit der Reichsgründung 1871 ein Medium geworden, das stramm nationalliberal nur noch die Maßnahmen der konservativen Regierung zu billigen und den Lesern zustimmend zu erläutern für seine Aufgabe hielt. Die „National-Zeitung“ unterstützte natürlich auch weitgehend kritiklos die Regierungspolitik der frühen siebziger Jahre, die dem inneren Ausbau des Reiches galt. „So unterstützte denn die Zeitung die von der Regierung eingeschlagene Politik, wo sie nur konnte. Damit verlor sie aber an Gesicht und persönlichem Wollen. [...] Die Verehrung für den deutschen Kaiser und seinen Kanzler rückte in den Vordergrund. [...] Man war in der Redaktion der Zeitung mit dem Erlangten zufrieden und hatte nicht mehr den Willen zu einer grundlegenden Änderung der bestehenden Verhältnisse.“ Das Blatt verlor so „das Typische des freiheitlichen Blattes“<sup>130</sup>. Es steht wohl außer Zweifel, dass Ewald Matthäis persönlicher politischer Positionswechsel dem politischen Wandlungsprozess des Blattes entsprach, den er als politischer Hauptredakteur mit Gewissheit entscheidend mit vorangetrieben hat.

128 Vgl. Friehe, E. G.: Geschichte der „National-Zeitung“ 1848–1878. Leipzig 1933, S. 153–161.

129 Ebenda, S. 157.

130 Ebenda, S. 158.

1873 legte Ewald Matthäi mit erst 59 Jahren sein Redakteursamt nieder und ging in den Ruhestand,<sup>131</sup> den der Junggeselle finanziell gewiss hinreichend abgesichert hatte. Über die Gründe für diesen – in für diese Zeit immerhin noch recht jungen Jahren überraschenden – und offenbar totalen Rückzug aus der Politik schweigen sich die wenigen Quellen weitgehend aus. Politische Differenzen in der Redaktion über den politischen Kurs in den Jahren nach der Reichsgründung, die ihn eventuell bewogen haben könnten, die Segel zu streichen, sind nicht bekannt geworden, aber ganz auszuschließen wohl auch nicht. Auch wie es gesundheitlich um ihn stand, wissen wir nicht genau. Der relativ lange Lebensabend nach dem Übergang in den Ruhestand spricht nicht gerade dafür, dass ihn eine schwere Krankheit aus dem Redakteursamt trieb. Dennoch haben gesundheitliche Probleme nachweislich eine Rolle gespielt. Im Nachruf vermerkt der Chefredakteur, er habe 1881 in Paris einen „vielfach leidenden Mann“ getroffen, „der durch seine geistige Rüstigkeit und seinen nie nachlassenden Drang zu sehen und zu forschen“ allerdings jeden Gesunden beschämte. Möglicherweise aber war es auch der Weggang von Boretius, der Ende 1873 aus der Redaktion ausschied und Anfang 1874 eine Professur in Halle antrat,<sup>132</sup> und damit das Ende des fruchtbaren journalistischen Doppelgespanns, was ihn veranlasste, auch selbst dem aktiven Journalismus den Rücken zu kehren. All das sind jedoch Vermutungen.

Tatsache ist nur, dass der passionierte Junggeselle, der er bis zu seinem Tode blieb, bald nach dem Ausscheiden aus der Redaktion nach Meran in Südtirol übersiedelte, das bis 1919 zur Habsburger Monarchie gehörte. Ob er von hier aus noch für sein Berliner Blatt geschrieben hat, mag bezweifelt werden. Belege dafür waren jedenfalls nicht zu finden. Einer unmittelbaren Tätigkeit in politischen Dingen hat er entsagt, jedoch die Wandlungen in der Innen- und Außenpolitik aufmerksam verfolgt.<sup>133</sup> In Meran führte er in der Villa Livonia dreizehn Jahre lang nicht nur ein geruhames Pensionärsleben. Er ging jetzt vielmehr seinen starken Kunst- und Kulturinteressen nach, unternahm wiederholt lange Reisen nach Griechenland, Spanien und Frankreich und betrieb kunsthistorische Studien, die den Weg in die Öffentlichkeit indes nicht fanden. Archivwürdige Spuren hat er in seinem Alterssitz – zumindest nach Auskunft des Meraner Heimatmuseums wie des Evangelischen Pfarramts von Meran<sup>134</sup> – nicht hinterlassen. Wie sich die Beziehungen zwischen ihm und seinen beiden in Deutschland verbliebenen Brüdern, die 1886 beide noch lebten, und überhaupt zu seiner Verwandtschaft entwickelten, war nicht zu erfahren; Briefwechsel wie Tagebücher oder gar Memoiren gab es in der Matthäi-Familie offenbar nicht oder sie gingen in den Wirren des 20. Jahrhunderts verloren. Regelmäßige Kontakte zwischen den

131 Vgl. Salomon, L.: Geschichte des deutschen Zeitungswesens von den ersten Anfängen bis zur Wiedererrichtung des Deutschen Reiches. Bd. 3. Oldenburg/Leipzig 1906, S. 558; Müller, G.: Die Alten Raczeks. Festgabe zur Feier des hundertjährigen Bestehens der Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks. Breslau 1917, S. 35.

132 Vgl. Friehe, E. G.: Geschichte der „National-Zeitung“ 1848–1878. Leipzig 1933, S. 205.

133 Vgl. hierzu und zum Folgenden: Nachruf. In: National-Zeitung, 04.06.1886, Abendausgabe, S. 2.

134 Auskünfte des Stadtarchivs Meran (Dr. Markus Gamper) vom 22.05.2006 und vom Meraner evangelischen Pfarrer Martin Burgenmeister vom 03.06.2006.

Geschwistern haben jedoch, wie die Todesanzeige des ältesten Bruders ausweist, bis zuletzt mit Sicherheit bestanden.

Ewald Matthäi starb im 72. Lebensjahr am 3. Juni 1886 „10 Uhr abends“ in Meran an einem Lungenödem.<sup>135</sup> Die Krankheit hat ihn nur kurze Zeit aufs Krankenlager geworfen. Zwei Tage später, am 5. Juni 1886, wurde er nachmittags um sechs Uhr auf dem (Alten) Evangelischen Friedhof der Stadt beigesetzt. Die knappen Aufzeichnungen im Begräbnisbuch der Evangelischen Kirche der Stadt vermerken nur den Pastor Carl Richter, der ihn als Einsegnender auf dem letzten Weg begleitete. Über Ehepartner und Nachkommen, die als Hinterbliebene in Beerdigungsbüchern dieser Zeit oft genannt werden, gab es bei dem ledigen Manne nichts anzugeben. Ob seine beiden Brüder, die ihn überlebten, oder eine seiner vier Schwestern zur Beerdigung nach Meran gekommen sind, ist diesem kargen Dokument nicht zu entnehmen, aber wohl wahrscheinlich. Öffentlich haben seine Verwandten auf seinen Tod reagiert. Der älteste der Brüder Ludwig Matthäi ließ in der Zeitung, in der Ewald Matthäi über Jahrzehnte verantwortlich gewirkt hatte, die folgende kurze, von der Redaktion aber offenbar bewusst stark herausgehobene Todesanzeige einrücken: „*Statt jeder besonderen Meldung.* Am 3. Juni entschlief nach kurzem Krankenlager zu Meran mein theurer Bruder *Ewald Matthaei*, was ich Namens der Hinterbliebenen seinen Freunden hierdurch anzeige. Rawitsch, 4. Juni 1886. Matthaei, Justizrath.“<sup>136</sup>

Die Redaktion der „National-Zeitung“, der seit 1875 Friedrich Dernburg vorstand, hatte bereits am Tag nach seinem Ableben in der Abendausgabe des 4. Juni 1886 ihres langjährigen Mitarbeiters und Redakteurs in einem warmherzigen Nachruf gedacht. Sie hob die großen Verdienste Ewald Matthäis um den Erhalt und die Entwicklung der Zeitung hervor und würdigte ihn als einen herausragenden politischen Journalisten: „[...] niemals schwand ihm das Interesse für unsere Zeitung und die liberale Partei, der er die Kraft und die Leidenschaft seiner besten Jahre gewidmet hatte. In ihm haben seine Freunde einen treuen Mann und die deutsche politische Presse einen ihrer tapfersten und edelsten Veteranen verloren“<sup>137</sup>. Anlässlich des 50. Jahrestags des Erscheinens der „National-Zeitung“ erinnerte Karl Frenzel 1998 nochmals an den Mann, der das Blatt jahrzehntelang politisch geführt hatte.

135 Vgl. hierzu Evangelische Pfarrgemeinde Meran, Todtenbuch II 1876–1886, Nr. 34/1886 (Auskunft von Pfarrer Martin Burgenmeister v. 03.06.2006, dem ich dafür danke).

136 National-Zeitung, 39. Jg., Nr. 355, 07.06.1886, Abendausgabe, und Nr. 356, 08.06.1886, Morgenausgabe. Die Wendung „Statt einer besonderen Meldung.“ scheint eine übliche Formel gewesen zu sein, denn sie findet sich auch bei anderen Todesanzeigen bedeutenderer Personen.

137 Nachruf. In: National-Zeitung, 04.06.1886, Abendausgabe, S. 2.

## 9 Schlussbemerkungen

Die Lebenswege der Matthäi-Brüder im Jahrhundert der „Revolutionen und Stürme“ erscheinen exemplarisch für die politisch aktiv gebliebenen Teile der jungen Intellektuellen des ersten Drittels dieses Jahrhunderts, die sich den geheimen Burschenschaften angeschlossen hatten und hier ihre ersten politischen Erfahrungen sammelten. Sie gehörten zumindest bis zum Ende der Revolution von 1848/49 zu jenen Burschenschaftern, die ihrer oppositionellen Vergangenheit nicht abschworen, sondern an ihren liberalen und demokratischen Zielen festhielten, ein einiges und freies Deutschland zu schaffen. Und sie repräsentieren in den generellen Gemeinsamkeiten wie in ihren unterschiedlichen politischen Haltungen die ganze Bandbreite fortschrittlichen Denkens und Handelns in der Epoche der bürgerlichen Umgestaltung Deutschlands.

Als erster beschrift Rudolph, der jüngste der Matthäis, bereits im Vormärz, Ende 1843, das dornige Feld der öffentlichen politischen Kritik an den bestehenden Verhältnissen. Der studierte Philologe und Philosoph schloss sich sogleich dem äußersten linken Flügel der Vormärzopposition an, den sich aus dem demokratischen Lager lösenden Sozialisten mit ihrer Grundsatzkritik am aufkommenden Kapitalismus. Zwar strebte der deutschlandweit bekannte Anhänger des „wahren“ Sozialismus die ihm erforderlich erscheinende grundlegende soziale Erneuerung des Lebens nicht auf revolutionärem Wege an, sondern glaubte an die Möglichkeit einer friedlichen Umgestaltung der Gesellschaft im Interesse der arbeitenden Menschen. Aber es ging ihm um eine neue soziale Ordnung, um Sozialismus, dessen Notwendigkeit er auf seine Weise auch theoretisch zu begründen sich mühte. Ludwig, der älteste Matthäi, ausgebildeter Jurist, trat 1846 zunächst als demokratisch gewählter und regierungsamtlich bestätigter Bürgermeister einer schlesischen Kreisstadt ans Licht der Öffentlichkeit, ohne seine Unzufriedenheit mit dem status quo lauthals kund zu tun. Über den Weg Ewalds, des mittleren Matthäi, eines in Hauslehrerdienste getretenen Kandidaten der evangelischen Theologie, verweigern die wenigen überaus spärlichen Quellen aus dem Vormärz leider alle Auskunft.

Die Revolution von 1848/49 wurde für alle drei Brüder – wie für zahlreiche andere alte Burschenschafter – zum Höhepunkt in ihrer politischen Laufbahn. Jetzt standen sie ohne Ausnahme politisch ihren Mann, und zwar allesamt im Lager der deutschen Demokratie, freilich mit unterschiedlichen Nuancen und Ausprägungen.

Der Vormärz-Sozialist Rudolph kämpfte als engagierter Vertreter der sozialen Demokratie in Liegnitz dafür, dass das zu erringende neue politische System ebenso konsequent demokratisch und republikanisch wie sozial gerecht für die arbeitenden Massen gestaltet würde. Der Laubaner Bürgermeister Ludwig wurde jetzt erstmals als Demokrat politisch aktiv. Er gehörte zu den Gründern eines demokratischen Vereins in seiner Stadt und übernahm zeitweilig dessen Vorsitz. Im Juli 1848 wurde er in die preußische Konstituante nachgewählt, wo er sich umgehend der starken schlesischen Phalanx linker Demokraten zugesellte, sich für die Befreiung der Bauern von den Feudallasten einsetzte und für die Abschaffung des Adels wie des Gottesgnadentums der preußischen Monarchie stimmte. Auch nach nochmaliger Wahl in die Zweite

preußische Kammer 1849 blieb er der Linken treu. Ewald, der mittlere und offenbar intelligenteste der Matthäi-Brüder, griff erst jetzt ins politische Geschehen ein und eröffnete seinen politischen Entwicklungsweg als Journalist in einer Berliner Tageszeitung. Er wurde Mitarbeiter der „National-Zeitung“ und verfocht seit Anfang der fünfziger Jahre in deren Redaktion, allem Radikalismus abhold, den von diesem Blatt zunächst eingeschlagenen gemäßigt-demokratischen Kurs.

Die Niederlage der Revolution und der Sieg der Konterrevolution bedeuteten – wie für die meisten Protagonisten der deutschen achtundvierziger Demokratie – auch im politischen Leben des ältesten wie des jüngsten Matthäi einen verhängnisvollen Bruch, zwangen sie zum Rückzug aus der aktiven Politik.

Den Laubaner Bürgermeister traf die Rache der Konterrevolution zwei Jahre nach dem Ende der Revolution, als er 1851 mit großer Mehrheit zwar erneut in sein Amt gewählt wurde, die Regierung aber die Bestätigung des demokratischen Willens seiner Wähler rundweg verweigerte und ihn so aus dem Amte trieb. Er musste sich einen neuen Beruf suchen und hatte das Glück, als diplomierter Jurist Anstellung in einem Berliner Anwaltsbüro zu finden. Ende der fünfziger Jahre konnte er sich im posenschen Rawitsch selbständig machen und eine eigene Praxis als Rechtsanwalt und Notar einrichten, dem man in den siebziger Jahren den Titel eines Justizrats nicht mehr verweigert hat. Er gewann so eine gewisse berufliche Selbständigkeit und Unabhängigkeit als Bildungsbürger. Inwieweit sich dies auch in seiner politischen Haltung niedergeschlagen hat, war den Quellen leider nicht zu entnehmen. Doch liegt nahe, dass er nicht gerade regierungszahm geworden ist. Eher hat er bis in die späten sechziger Jahre zumindest liberalen Widerstandsgeist bewahrt, soweit er sich wenigstens bei Wahlen im kleinstädtischen Rawitsch artikulieren ließ, bevor er den Weg der Nationalliberalen mitging und die mit Blut und Eisen durch Bismarck vollzogene Reichsgründung als Erfüllung alter Burschenschaftsideale feierte.

Für Rudolph, den jüngsten Matthäi, der seit 1846 im preußischen Schuldienst beschäftigt war, wurde die brutale Unterdrückung der achtundvierziger Bestrebungen zu einer wesentlich tiefer greifenden Zäsur. In Staatsdiensten war er unvergleichlich abhängiger vom Wohlwollen der reaktionären Gewalten als ein Rechtsanwalt und Notar. Wollte er nicht brotlos werden oder sich zur Emigration entschließen, blieb ihm nichts anderes übrig, als der Politik zu entsagen und sich an die herrschende Ordnung anzupassen. In der Öffentlichkeit wurde es schlagartig still um ihn. Politisch trat er seit 1849 nicht mehr in Erscheinung. Er machte jetzt eine bescheidene Karriere als Lehrer an einer gerade eingerichteten Realschule im schlesischen Grünberg. Erst 1873 stieg er zum ersten Oberlehrer und Konrektor der Anstalt auf und erhielt in den achtziger Jahren noch den Professorentitel. Publizistisch konnte man von ihm nur noch historische und geographische Materialien für den Schulunterricht und eine Geschichte des städtischen Gartenvereins lesen. Er beschloss sein Leben als – glaubt man dem Nachruf seines Direktors – kaisertreuer Konservativer. An seine sozialkritische demokratische Jugendzeit vor und während der Revolution wird er sich wahrscheinlich selbst nur ungern erinnern haben.

Verglichen mit dem nachmärzlichen Schicksal seiner Brüder nimmt sich Ewalds, des mittleren Matthäi, Lebensweg als eine sich positiv abhebende Ausnahme aus. Er erlebte nach der Revolution den Aufstieg zum politischen Hauptredakteur einer der bedeutenderen deutschen Tageszeitungen jener Zeit, die sich mit freilich abnehmender Konsequenz auch nach 1849 in antigouvernementalen, zunächst noch gemäßigt-demokratischen, seit der „Neuen Ara“ durchweg liberalen Oppositionsbahnen bewegte. Seine ganz anders geartete Entwicklung erklärt sich in erster Linie wohl aus der besonderen Stellung eines von staatlichen repressiven Eingriffen zwar nicht freien, aber doch weitgehend unabhängigen Journalisten; zumal in einer Großstadt wie der preußischen Kapitale, in der sich zumindest latent allemal noch Oppositionsgeist halten konnte und die überdies zusätzliche Anonymität gewährte. Es fällt auf, dass die Mehrzahl der in Deutschland verbliebenen und im Nachmärz oppositionell aktiv gebliebenen achtundvierziger Demokraten gerade diesem Berufsstand angehörten. Den Weg derjenigen fortschrittlichen bürgerlichen Intellektuellen von 1848 vom Demokratismus über den noch oppositionellen Liberalismus der sechziger Jahre zur nationalliberalen Befürwortung der Bismarckschen Reichsgründung ist Ewald Matthäi nicht nur mitgegangen, sondern hat ihn in seinen politischen Beiträgen in der „National-Zeitung“ wesentlich mit vorangetrieben. Die Gründe für seinen 1873 erfolgten Abschied von Journalismus und Politik bleiben im Dunkel. Gesundheitliche Probleme scheinen eine Rolle gespielt zu haben. Differenzen mit dem die Politik Bismarcks vorbehaltlos unterstützenden Kurs der neuen Redaktion des Blattes sind allerdings nicht auszuschließen.